

Hamburger Tageblatt

Nr. 150

Kurt Schmitt

Der neue Reichswirtschaftsminister Generaldirektor Pg. Kurt Schmitt wurde am 7. Oktober 1886 in Heidelberg geboren. Er war zunächst als Rechtsanwalt in München tätig und trat im Jahre 1913 als Entschädigungsbeamter in die Münchener Zweigniederlassung der Allianz Versicherungs A.G. ein. Im Jahre 1914 zog Schmitt ins Feld, wo er schwer verwundet wurde. Im Jahre 1915 kam Schmitt dann zur Direktion der Allianz-Versicherungs A.G. in Berlin als Beamter. Er wurde im Jahre 1917 Stellvertreter des Vorstandsmitglieds und ein Jahr später ordentliches Vorstandsmitglied. Seine Ernennung zum Generaldirektor erfolgte 1921. Seiner außerordentlichen Fähigkeiten wegen wurde er auch als Aufsichtsrat in beinahe alle führenden Versicherungsfirmer Deutschlands berufen. Schmitts schnelles Eingreifen für die Verbindlichkeiten der in Schwierigkeiten geratenen Frankfurter Allgemeinen Versicherungs A.G. wurde allgemein bewundert und anerkannt. Seit längerer Zeit gehört Dr. Schmitt zu den wenigen Wirtschaftsführern, die sich zum Nationalsozialismus bekannt haben.

Wie der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt sein Amt auffaßt, geht aus folgenden Sätzen hervor, die er dem alten Jahresbericht des von ihm geleiteten Allianz-Konzerns angefügt hat: „Dienst am Volk und Erwerbsinteresse des Unternehmers sind keine Gegensätze. Volkswirtschaftliches

Verantwortungsgefühl und kaufmännischer Unternehmergeist schließen sich nicht aus, sondern müssen sich vereinigen.“

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 479

Die neuen Männer.

Mit Dr. Kurt Schmitt gewinnt das Kabinett eine Persönlichkeit von starker, noch jugendlicher Latkraft.

Im Kreise der Münchener Rückversicherung aufgewachsen, hat Schmitt in etwa zwei Jahrzehnten auf den festen Grundmauern der ursprünglichen Transportversicherungsgesellschaft Allianz mit klarem Blick für die Chancen der Zeit durch Ausbau und durch Aufsaugung von Lebens- und anderen Affekturanzen einen weit ins Land und ins Ausland greifenden Komplex von Versicherungen fast in allen wichtigen Sparten entwickelt. Das geschah schrittweise und im Bewußtsein der jeweiligen Grenzen, doch im ganzen mächtig ausholend, mit ausgesprochener Beherrschung der organisatorischen Mittel des Fachs und auch mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit. Diese hat ihn, soweit bekannt, aber niemals abgehalten, sich stets loyal zu zeigen auch gegenüber geschäftlichen Gegnern und gegenüber schwächeren Unternehmungen. Im Beirat des Aufsichtsamtes für Privatversicherung hat er immer gesunde Grundsätze vertreten und frühzeitig Einfluß gewonnen. Auch sonst nahm er an der Verwaltung privatwirtschaftlicher Unternehmungen da und dort teil und hatte natürlich in den wirtschaftspolitischen Organisationen der deutschen Versicherung eine führende Rolle.

Wer viele Jahre lang der verantwortungsvollen Aufgabe, fremde Gelder zu verwalten und fremdes Gut zu schützen, mit ganzer Ueberzeugung obgelegen hat, muß in seiner Grundauffassung Gegner antikapitalistischer Experimente sein. Schmitt hat z. B. den Gedanken einer Verstaatlichung der Versicherung immer energisch bekämpft, und dies noch zuletzt in seinen Jahresberichten. Nach seiner ganzen offenen Art kann man erwarten, daß er in dem Kreise, den Hitler seit Jahr und Tag zeitweilig zur Besprechung wirtschaftlicher Fragen um sich versammelt und dem Parteigenossen wie Nichtparteilgenossen anzugehören pflegen, aus seiner das Unternehmertum bejahenden Haltung kein Geht

gemacht hat. Das mag für die künftige Führung des Wirtschaftsministeriums von Wichtigkeit sein. Freilich wird in dem neuen Amte auch auf Gebieten, die dem Versicherungsmann bisher fernlagen, manche Leistung erwartet, zu der die bisherige Arbeit dem neuen Kandidaten noch wenig Berührungspunkte geboten hat. Beispielsweise erfordert das Gebiet der Handelspolitik, der Kartellpolitik, der Sozialpolitik, soweit sie in der Viktoriastraße zusammenlaufen, eine starke Einfühlungsfähigkeit, und es ist zu hoffen, daß der neue Mann auch diese besitzt und zu erfolgreichem Einsatz bringt. Zu dieser Hoffnung ist man um so mehr berechtigt, als gerade die Beamtenstäbe des Reichsministeriums für Wirtschaft und des preussischen Handelsministeriums als qualitativ hochstehend bekannt sind.

*

Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt ist 1886 geboren. Er war Rechtsanwalt in München und trat als Entschädigungsbeamter 1913 in die Münchener Zweigstelle der Allianz ein. Während des Krieges wurde er schwer verwundet. 1915 kam er zur Direktion der Allianz nach Berlin, wurde 1917 stellvertretendes Vorstandsmitglied, 1918 ordentliches Vorstandsmitglied und 1921 Generaldirektor. Er ist auch Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank.

*

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 178

Wirtschaftsgrundsätze Dr. Schmitts

A. B. Nach der Ernennung von Dr. Schmitt, der zu den angesehensten und schöpferischsten Unternehmungspersönlichkeiten der deutschen Wirtschaft gehört und der sich auch international hohen Ansehens erfreut, seien einige grundsätzliche Äußerungen wirtschaftspolitischer Art aus den letzten Geschäftsberichten des Allianz-Konzerns in die Erinnerung zurückgerufen, die ein Bild von der wirtschaftlichen Einstellung des Leiters der größten deutschen Versicherungsgruppe geben. Im Bericht des Allianz-Konzerns für 1932 hieß es u. a.: Dienst am Volke und Erwerbsinteressen des Unternehmens sind keine Gegensätze.

Volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl und kaufmännischer Unternehmungsgeist schließen sich nicht aus, sondern müssen sich vereinigen.

Und ein Jahr vorher: Im Interesse eines geordneten Kreditwesens und des hierfür unbedingt notwendigen Vertrauens sollte von allen in Betracht kommenden Stellen alles nur menschenmögliche getan werden, daß eingegangene Verpflichtungen erfüllt werden, und es sollte jedenfalls von dem Mittel gesetzlichen Eingriffs nur im alleräußersten Falle Gebrauch gemacht werden. Man muß sich darüber klar sein, daß die nachteiligen Folgen derartiger Maßnahmen für Gläubiger und Schuldner sehr ernster Natur sind. Wie soll ein Geldgeber sich zur Hergabe von Kapital entschließen, wenn er nicht die Gewähr der Vertragserfüllung haben kann. Noch bedenklicher ist die Erscheinung, daß

Schuldner bei der Uebernahme von Verpflichtungen die Möglichkeit von vornherein in Betracht ziehen, daß schließlich der Gesetzgeber helfen werde. Derartige Eingriffe treiben das Kapital in den Strumpf und in die Tresors anstatt in die Wirtschaft.

In einer Pressebesprechung bei Publizierung der Aktienrechtsreform Ende 1931 führte Dr. Schmitt u. a. folgendes aus: In den letzten Monaten sind auf Grund bedauerlicher Einzelercheinungen weitere Anordnungen über Publizität, Verschärfung der Verantwortlichkeit und Kontrolleinrichtungen ergangen, die zum großen Teil berechtigt sein mögen.

Manchmal allerdings kann es scheinen, als ob man in der Einschränkung kaufmännischer Initiative und individuellen Unternehmungsgeistes zu weit gegangen wäre.

Diese wird man in einer Wirtschaft wie der deutschen, und zwar gerade vom Standpunkt der zu beschäftigenden arbeitenden Masse des Volkes, niemals entbehren oder durch kollektivistische Einrichtungen ersetzen können.

Unsere zukünftige Entwicklung wird mit davon abhängen, daß wir tüchtige und tatkräftige Männer mit entscheidendem Einfluß in Groß- und Kleinbetrieben zur Verfügung haben. Schädlinge wird es immer geben. Deshalb darf man nicht die Führer ausschalten und ihr Ansehen untergraben. Man muß sie vielmehr fördern, allerdings auch den Schädling ausmerzen, und zwar um so rascher und rücksichtsloser, je stärker die Rückwirkungen seiner Verfehlungen sind.

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 182

Minister Schmitt

Kurt Schmitt wurde am 7. Oktober 1886 in Heidelberg geboren. Er studierte Jurisprudenz und promovierte zum Dr. juris. Er wandte sich dem Versicherungsfach zu und brachte es schon in jungen Jahren zum Generaldirektor der Allianz. Als diese Gesellschaft mit dem Stuttgarter Verein unter der Firma Allianz und Stuttgarter Verein, Versicherungs-A.G., fusionierte, wurde er der Generaldirektor dieser Gesellschaft. Er ist Mitglied der Industrie- und Handelskammer Berlin und war bis 1928 Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Ferner ist er stellvertretender Vorsitzender des Reichsverbandes der Privatversicherungen sowie Mitglied der Zulassungsstelle der Berliner Börse. Seiner außerordentlichen Fähigkeiten wegen wurde er auch als Aufsichtsrat in beinahe alle führenden Versicherungsfirmen Deutschlands berufen. Schmitts schnelles Eingreifen für die Verbindlichkeiten der in Schwierigkeiten geratenen

Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. wurde allgemein bewundert und anerkannt. Seit längerer Zeit gehört Dr. Schmitt zu den Wirtschaftsführern, die sich zum Nationalsozialismus bekannt haben.



**Reichswirtschaftsminister
Schmitt**

Hamburgischer Correspondent

Nr. 302

Werdegang eines Reichsministers

Des neuen Reichswirtschaftsministers Dr. Kurt Schmitt Karriere

Bei Baron Krüll, Pressechef und engstem Mitarbeiter des Generaldirektors Kurt Schmitt, stehen die Telephone und Stimmertüren nicht still. Ueber Nacht hat der zweitgrößte deutsche Versicherungskonzern seinen Führer verloren. „Er war uns nicht nur Chef!“ sagt Baron Krüll, „sondern das Lebensvorbild. Ich, der ich Tag für Tag mit ihm arbeitete, empfand das genau so gut wie die Botenjungen und Portiers, die er alle beim Namen kannte. Klipp und klar habe ich ihm gestern gesagt: „Herr Minister“ werde ich als Anrede wohl kaum über die Lippen bringen. Für uns alle behalten Sie den Namen, den Sie in diesem Hause immer geführt haben: „Der General!“

Sekretärin, Mittdirektoren, Hilfskräfte, sie alle haben in seltener Einmütigkeit diesen Mann liebgewonnen, der nicht nur ein großer Kaufmann, sondern vor allem ein ausgeglichen und klarer Mensch ist. „Ich habe schon viele Chefs gehabt“, erzählt seine Sekretärin, „Industrieführer von Rang und Würden. Dieser hier ist der erste, der niemals Launen hat. Er hat noch nie mit irgend jemand aus dem Haus geschimpft oder sonst den Vorgesetzten herausgekehrt. Und trotzdem, oder gerade deswegen genießt er einen ungeheuren Respekt. Wir wissen, daß er arbeiten kann wie ein Pferd. Jeden Morgen, Punkt neun, ist er hier angetreten, mit der Pünktlichkeit und Pflichttreue, die er von seinen Angestellten erwartet, ohne sie pedantisch zu kontrollieren. Oft genug haben wir bis sieben oder acht Uhr abends zusammengeessen und gearbeitet. Das bewunderten wir um so mehr, als wir wußten, daß der „General“ jeden Morgen Punkt 6 Uhr unter die kalte Morgenbrause schlüpft und zu einer Zeit, da die anderen Wirtschaftsführer meist noch in den Federn liegen, seiner Lebensfreude in sportlicher Betätigung freien Lauf ließ. Ebe er dann zu uns ins Büro kam, hatte er eine Stunde Reiten im Düppeler Forst oder zwei Sätze Tennis hinter sich. Auch Leichtathletik hat er getrieben. Vielleicht wegen dieser Lebensführung ist unser General so geblieben, wie er heute ins Reichswirtschaftsministerium einzieht: Frisch, voll Elan und Spannkraft, und dabei jung, innerlich und äußerlich!“

Kurt Schmitt hat die schnellste und glänzendste Karriere unter allen deutschen Wirtschaftsführern der Gegenwart hinter sich. Wann ist je ein Dreißigjähriger, der keiner Wirtschaftsdynastie angehört und den keinerlei persönliche Protektion einflußreicher Gönner stützte, Generaldirektor eines Riesenkonzerns geworden? Zweierlei hat diesen komischen Aufstieg ermöglicht: Eine frische Energiegeladenheit und ein blitzschnell arbeitendes Reaktionsvermögen von großer Klarheit der Perspektive. In jedem Wendepunkt des Lebens dieses neuen deutschen Ministers stand ein schneller Entschluß, der sich späterhin als richtig und notwendig erwies.

1913 bestand der junge Kurt Schmitt seine Assessorexamen. Er ging mit dem Gedanken um, sich eine eigene Rechtsanwalts-

kanzlei zu gründen und traf hierzu schon die Vorbereitungen. Auf der Straße traf er einen Schulfreund, der ihm erzählte, daß seine Firma, die Allianz-Versicherung, junge Juristen als Bearbeiter für Entschädigungsangelegenheiten einstelle. In Sekundenschnelle überlegte sich Kurt Schmitt, daß es für einen jungen Anwalt eine ausgezeichnete Schulung sein müsse, eine Zeitlang in einem Unternehmen die Wirtschaft von der praktischen Seite aus kennen zu lernen, nachdem sich seine Kenntnisse bisher auf den Extrakt aus der Vorlesung beschränkten. Er ließ sich von seinem Bekannten sofort zur Allianz mitnehmen, dort vorstellen und trat als Entschädigungsbeamter mit kleinem Anfangsgehalt in die Versicherungsgesellschaft ein. Weder der einstellende Personalchef, noch der junge Beamte ließen sich damals träumen, daß mit ihm der zukünftige Generaldirektor in die Firma getreten war. In den ersten Augusttagen 1914 zog er in den Krieg, wurde ein paar Monate später schwer verwundet und dann von seiner Gesellschaft reklamiert. Damals brauchte man tüchtige Fachleute, die unberechtigte Ansprüche der Versicherungsnehmer in geschickter konzilianter Weise auf das richtige Maß zurückzuschrauben verstanden. Dr. Schmitt fiel in dieser Tätigkeit, die er mit außerordentlichem Erfolge durchführte, bald auf, so daß man ihm Prokura erteilte und die Leitung der Entschädigungsstelle übergab. Zwei Jahre später holte man den jungen Prokuristen nach Berlin, in die Zentrale.

Der Krieg hatte die Organisation der Allianz schwerfällig und verzwickelt gemacht. Dr. Schmitt erkannte das Klipp und klar. Viele seiner Mitarbeiter wußten das, aber keiner traute sich, Maßnahmen zur Aenderung zu treffen. Dr. Schmitt benutzte die Gelegenheit einer Konferenz, um in seiner alten Art der Schnellschlossenheit dem Generaldirektor von Rahmer kurz und klar die Notwendigkeit grundlegender Organisationsreformen und Vereinfachungen des Geschäftsganges zu entwickeln. Der Generaldirektor war zwar über die Richtigkeit der Schmittschen Gedankengänge erkaunt, konnte aber ihre Richtigkeit nicht abstreiten. Er ernannte ihn zum stellvertretenden und ein Jahr später zum ordentlichen Vorstandsmitglied, übertrug ihm Vollmachten, wie sie vor ihm noch kein Direktor der Allianz in Händen gehabt hatte. Schmitt war damals 31 Jahre alt und sah noch jünger aus. Als zwei Jahre später der alte Chef starb, erschien es selbstverständlich, daß Dr. Schmitt, der mittlerweile zum wichtigsten Mann im Haus avanciert war, die Nachfolgerschaft antrat.

Mit dem neuen Generaldirektor begann eine Periode des ununterbrochenen Aufstiegs der Gesellschaft von einer mittelgroßen Firma zum zweitgrößten deutschen Versicherungskonzern. Im Wege der Fusionen wurden zahlreiche Versicherungsfirmen der Allianz angegliedert. In ganz Deutschland bekannt wurde Initiative und Wagemut des Allianz-Chefs beim Krach der Frankfurter „Favag“, jener stolzen Säule der deutschen Wirtschaft, die als eine der ersten

Wendebau

im Sturme der Depression umgeworfen wurde. Dr. Schmitt befand sich auf einer Urlaubsreise in Bayern, als ihn Nachrichten von Schwierigkeiten der Frankfurter Gesellschaft erreichten. Obwohl sich die Schwierigkeiten noch nicht zur drohenden Katastrophe ausgewachsen hatten, brach er seinen Urlaub trotz großer Erholungsbedürftigkeit sofort ab und reiste nach Berlin zurück. Am Tage nach seiner Ankunft wurde offenbar, wie richtig er die Situation eingeschätzt hatte: Die Favag brach zusammen.

Jetzt zeigte Dr. Schmitt, daß er handeln konnte. Er beruhigte die Inhaber des viele hundert Millionen Mark ausmachenden Versicherungsbestandes der Favag durch die Erklärung, daß die Allianz den gesamten Bestand übernehme. Hunderttausende von Versicherten, die ohne diese mutige Tat ohne Deckung gewesen wären, und nicht nur ihre Prämie, sondern im Falle eines Schadens auch noch den versicherten Gegenstand verloren hätten, brauchten sich nicht mehr zu beunruhigen. Seine Gesellschaft hatte zur gleichen Zeit als Lohn einen großen neuen Kundenstamm gewonnen.

Diese schnelle Aktion machte Dr. Schmitts Namen in politischen Kreisen bekannt. Dr. Brüning erbat späterhin seinen Rat bei der Aufstellung des Wirtschaftsprogramms und bot ihm den Posten eines Arbeitsministers an. Der Allianzgeneral lehnte ab und wiederholte seine Ablehnung ein zweites Mal, als von Papen ihm das Finanzministerium anbot. Er war überzeugter Nationalsozialist geworden und zog es vor, zu warten, bis er seine Ideen in einem Kabinett durchführen konnte, in dem die Männer des von ihm als richtig erkannten Kurses saßen. Oft genug hat Dr. Schmitt sich selbst und die von ihm vertretene Sache durch rasches, entschiedenes Handeln vorwärts gebracht. Der Erfolg beweist ihm, daß er es auch versteht, abzuwarten, wenn es nötig ist.

H. z. L.

Schmitt, Dr.
P

Signatur

1 5 7 1 4 - 0006 BEC

Datum **11. Juli 1933**

Weser-Zeitung (Bremen)

Nr. **348**

Hermes Kreditversicherungs-Bank AG., Berlin. An-
lässlich seiner Berufung zum Reichswirtschaftsminister ist
Generaldirektor Dr. Schmitt aus dem Aufsichtsrat der
Gesellschaft ausgeschieden.

Dr. Schmitts Bekenntnis

WTB Berlin, 13. Juli. (Telegr.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt sprach heute mittag vor einem geladenen Kreis führender Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und später vor der Presse über die wirtschaftspolitischen Aufgaben im neuen Staat. Dr. Schmitt führte hierzu im wesentlichen folgendes aus:

Unser Führer und Reichkanzler Adolf Hitler hat mir sein Vertrauen geschenkt und mich an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums berufen. Für mich gab es in diesem Augenblick keine Überlegung. Die Frage, ob ich der Aufgabe gewachsen bin, deren Größe und Verantwortung ich mir im vollsten Maß bewußt bin, war mit der Tatsache der Berufung entschieden. Ich tue meine Pflicht und gebe mein Bestes, solange ich das Vertrauen des Führers habe.

Mit dieser Erkenntnis, die ich für das Wichtigste in meiner Stellung halte, verbinde ich die Ansicht und bin darin in Übereinstimmung mit dem Führer,

daß es unmöglich die Aufgabe des Staates und des Wirtschaftsministeriums oder sonst irgendeines behördlichen Organs sein kann, die Vorgänge in der Wirtschaft im einzelnen verantwortlich zu bestimmen und zu regeln. Die Aufgaben, die der deutschen Wirtschaft gestellt sind, können nur von der Wirtschaft selbst, das heißt von den aus ihr herausgewachsenen verantwortlichen Führern gelöst werden. Der Staat soll verwalten und mit seiner Wirtschaftspolitik die Wirtschaft führen, aber nicht selbst wirtschaften.

Das entscheidende Problem ist die Zurückführung von fünf Millionen Menschen in den Arbeitsprozeß. Wenn es der Regierung gelingt, diese Aufgabe zu lösen — und ich habe keinen Zweifel, daß sie gelingt —, so werden damit auch alle andern Probleme gelöst sein. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann

nicht allein durch künstliche Arbeitsbeschaffung

erfolgen. Diese kann nur dazu dienen, die ungeheure Depression mit einem Gewaltstoß aus der Welt zu schaffen. Man kann eben nicht warten, bis die Gesundung aus der Natur heraus von selbst kommt. Insofern bin ich durchaus dafür, daß die Regierung alles unternimmt, um die Depression zu beseitigen. Es muß aber dabei allmählich die ganze Wirtschaft erfasst, belebt und so in Gang gebracht werden, daß der natürliche Aufschwung und die natürliche Aufwärtsentwicklung die Folge ist. Deshalb ist es auch die Absicht des Führers, die Arbeitsbeschaffung, soweit sie von der Regierung erfolgt, in Zukunft soweit wie irgend möglich so zu gestalten, daß nicht allein unmittelbar öffentliche Aufträge gegeben werden, sondern daß man

für die produktive Wirtschaft Erleichterungen

schafft, die dadurch in Arbeit umgesetzt werden. Das Entscheidende aber ist — und darin sehe ich die erste Aufgabe des Wirtschaftsministers,

die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß so schnell wie möglich in unserer Wirtschaft der Glaube befestigt wird, daß die Sicherheit des wirtschaftlichen Kalkulierens das Höchstmögliche hat, das überhaupt denkbar ist.

Wir sind uns darüber klar, daß ohne Rechtsicherheit und ohne wirtschaftliche Kalkulationsmöglichkeit der Kaufmann in seinen Entschlüssen aufs schwerste gehemmt wird. Die Wirtschaft muß aber auch ihrerseits die großen und schweren Aufgaben der Regierung unterstützen.

Der Führer hat wiederholt klipp und klar ausgesprochen, daß es nicht ohne die Köpfe der Wirtschaft geht, und daß jeder Versuch einer Sozialisierung der Wirtschaft an den Menschen scheitern muß, denn es gäbe keine Menschen, die von vornherein auf jede Chance in der wirtschaftlichen Betätigung verzichten wollen.

Was uns groß gemacht hat, ist die Ausnutzung der individuellen Fähigkeiten. Wenn wir sozialisieren, würden wir als Maßstab des Tempos der nationalen Arbeit das Tempo der langsamsten Arbeit aufstellen. Wir dürfen niemals eine Beugung der höhern Fähigkeit durch die niedere zulassen. Der Nationalsozialismus hat die Aufgabe, überall die größte Fähigkeit zur ausschlaggebenden Bedeutung kommen zu lassen. Wir wissen es ja aus tausend Ausprüchen, daß der Sinn der wahren nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsauffassung der ist, daß jeder, der etwas kann, und jeder, der eine verantwortungsvolle Stelle zu tragen hat, von dem Staat gestützt und in seiner Autorität gefördert wird.

Die oberste Aufgabe des Wirtschaftsministers sehe ich viel weniger in einer Aufstellung von wirtschaftlichen Konstruktionen und Plänen als vielmehr in der

Organisation der vorhandenen praktischen, realen Wirtschaftsmöglichkeiten.

Es ist nicht die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, in die einzelnen Wirtschaftszweige einzugreifen und darin herumzugeregieren. Man muß aber natürlich die Möglichkeit dazu offen halten. Der nationalsozialistische Staat muß für sich in Anspruch nehmen, daß er den Dingen in der Wirtschaft nicht freien Lauf läßt, daß er nicht jeden machen läßt, was er will, damit nicht jemand aus Konkurrenzgründen rücksichtslos Schaden stiftet, der sich unter Umständen auf einen ganzen Wirtschaftszweig auswirken kann. Der Staat wird von dieser Befugnis aber nur einen sehr weissen Gebrauch machen und es sich genau überlegen, bevor er ordnend eingreift. Die Möglichkeit dazu muß allerdings bestehen. Und ich glaube, wir wissen alle Fälle, wo es auch in der Vergangenheit dringend erwünscht gewesen wäre, wenn die Regierungen diese Möglichkeit gehabt hätten. Wenn es heißt: Gemeinnutz geht vor Eigennutz, so kann damit nur gemeint sein, daß sich das selbstverständliche Erwerbsinteresse nicht so ausbreiten darf, daß man dabei das Gemeinwohl, das Staatswohl und das Gesamtinteresse übersieht oder gar stört.

Die Aufgabe, die ruhige Arbeit in der Wirtschaft zu fördern, glauben wir dadurch am besten lösen zu können, daß wir den unmittelbaren persönlichen Kontakt mit der Wirtschaft draußen suchen. Wir haben deshalb die Absicht, zunächst einmal den Wirkungskreis der Treuhänder der Arbeit auf allgemeine wirtschaftliche Fragen auszudehnen und diese bei unsern uns unmittelbar unterstellten Organen als Verbindungsmänner zu benutzen, um Menschen aus dem Leben, die den Kontakt nach allen Seiten haben, an Ort und Stelle zu besitzen, die vermittelnd tätig werden können, wenn irgendwo Eingriffe und Störungen vorkommen.

Der ständische Aufbau.

der in unserm Reich selbstverständlich kommen muß und dessen Nichtvorhandensein gerade jetzt sehr schmerzhaft empfunden wird, ist im Augenblick abgestoppt und zurückgestellt worden, nicht weil er nicht kommen soll, sondern weil die Gefahr bestand, daß eine ganze Reihe unberufener Elemente versuchte, auf diesem Gebiet Experimente zu machen, die die Wirtschaft zu stören, sich Einflusssphären zu schaffen, Stellungen auszubauen, um alle möglichen Absichten durchzuführen. Es ist deshalb der Wille des Führers, hier zunächst einmal eine klare Linie zu ziehen und den Weg der langsamen und gesunden Entwicklung zu gehen. Dem ständischen Aufbau ist die Aufgabe zugeordnet, im Volk von oben bis unten dafür zu sorgen, daß man den Staat und seine Absichten versteht und daß man geistig unser Volk zum Nationalsozialismus hinführt und für die weitere Zukunft alle Kreise des Volkes in dem großen Gedanken erzieht und schult:

Wir sind eine Einheit und wollen alle dasselbe, wir hängen alle voneinander ab,

im Gegensatz zu der überstandenen, Gott sei Dank überstandenen Staatsauffassung: Wir sind alle gegeneinander, wir sind Arbeiter

und Gewerkschaftler, wir sind Unternehmer oder Händler oder Industrielle, jedenfalls Interessenten. Denken Sie nur an das, was sich gegenwärtig als eine absolute Fortpflanzung des alten Regimes, zum Beispiel in einzelnen Auswüchsen in den Kampfbündeln noch abspielt, die nichts anderes tun, als die eignen Interessen vor die der Allgemeinheit zu stellen. Es wird der ruhige Aufbau derjenigen Kräfte, die das Wohl der Gesamtheit im Auge haben, durch derartige Dinge unerhört gestört. Wenn ich das hier ausspreche, so darf ich Ihnen nur sagen, daß es innerhalb der Regierung über diese Auffassung überhaupt gar keine Meinungsverschiedenheit gibt.

Wir können nicht im Sinne des Führergedankens heute fragen: Wer ist nun der Vorsitzende eines Verbandes? Es würde ein Versagen sein, wenn wir nicht in der Lage wären, die richtigen Männer selbst herauszustellen. Es war nahe daran, daß diese Männer von andern bestimmt wurden.

Der zweite Wunsch ist folgender: Meine Herren, verstehen Sie, um was es geht. Es gibt sicherlich viele unter Ihnen, die in den ganzen Jahren den Dingen ferngestanden sind und die sich in der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgabe wie ein Steuermann auf seinem Schiff um alles andre nicht gekümmert haben.

Aber heute müssen Sie alle, die es können, und denen es, wie der Führer sagte, im Blute liegt, mit diesen großen Problemen sich innerlich beschäftigen,

nicht nur aus kaufmännischen oder politischen Zweckmäßigkeiten. Damit helfen Sie am besten, daß Störungen, die wir gar nicht bestreiten, die wir aber beseitigen wollen, von unserer Wirtschaft genommen werden. Stoßen Sie sich nicht daran, daß da manche Theorie diskutiert worden ist. Haben Sie den Mut und haben Sie das Vertrauen, daß die deutsche Wirtschaft, die doch eine so stolze Geschichte hat, in ihrem Reichskanzler und ihrem Führer einen Repräsentanten und einen Schutz hat, der von Ihnen allen bewundert werden muß.

Meine letzte Aufforderung ist die:

Helfen Sie aus diesem Geiste heraus mit, daß wir die Belebung unserer Wirtschaft bekommen. Ich weiß, man kann keine künstliche Belebung machen.

Tragen Sie infolgedessen den Glauben hinaus, daß der Köhner und Schaffer den stärksten Schutz im deutschen Staat von heute hat.

Ich war selbst nicht dabei, als der Nationalsozialismus sich aufgebaut hat. Darum darf ich darauf verweisen, wie diese Männer — ich denke dabei an die Gau- und sonstigen Führer der großen Organisation — in all diesen Jahren um Seelen gekämpft haben, Seele um Seele, um neue Anhänger dieser geistigen Bewegung zu erhalten, und wie sie sich dieser Sache hingegen haben, und gar mancher dabei seinen persönlichen Nachteil gefunden hat. Es ist wirklich nicht zuviel verlangt, wenn wir nun, getragen von dem, was andre geschaffen haben, uns mit in die Reihe stellen, und denen, die da zaudern, klar-machen, daß kleine Unbequemlichkeiten in Kauf genommen werden müssen, weil es jetzt um das Ganze geht. Genau so, wie diese gewaltige Bewegung mit einer unerbittlichen Propaganda sich durchgesetzt hat, genau so ist es auch uns möglich, durch eine unermüdliche Propaganda das wieder-zuschaffen, was verlorengegangen ist, den Stolz auf unsere deutsche Wirtschaft.

Zum Schluß noch ein Wort über die Weltwirtschaft und unsere Einstellung zum Weltwirtschaftsproblem.

Sie wissen ja, meine Herren, wie es um die mit so vielen Hoffnungen erwartete Londoner Konferenz steht. Es sind auch hier viel theoretische Konstruktionen versucht worden. Wir müssen auch hier absolut nüchterne Kaufleute sein und immer nur prüfen: Worin liegt für uns der größte wirtschaftliche Vorteil?

Es ist ganz klar, daß, bedingt durch die Weltkrise und die Nöte, jedes Volk zunächst versucht, sich selbst zu helfen. Schon deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Weg mit aller Energie, die das neue Reich hat, zu gehen, selbst im Hause Ordnung zu schaffen und die 60 Millionen Menschen in Arbeit zu bringen und mit ihnen zu wirtschaften.

Das heißt natürlich keineswegs, daß wir eine Chance, die uns geboten ist, um unsere Beziehungen zum Ausland zu fördern, auslassen. Es ist selbstverständliche Aufgabe des Reichswirtschaftsministeriums, alles zu tun, um die Verbindung mit der Welt und der Weltwirtschaft zum Vorteil unserer eignen Nation zu hegen und zu pflegen. Auch wir möchten, daß wieder, wie früher, die ganze Welt offen ist, daß die Schiffe um die ganze Welt fahren und der Handel voll zur Entwicklung kommt. Als Realpolitiker müssen wir zunächst die Verständigung und den Ausbau unserer Handelsbeziehungen zu einzelnen Ländern oder Ländergruppen suchen.

Meine Herren, ich möchte mit der Hoffnung schließen, daß die Zuversicht wachse und daß Sie sich mit ihrem ganzen Können für die Gesamtheit einsetzen.

15714 - 0008 DEC

Signatur

G. Schmitt

Datum 22. Juli 1933

Hamburger Nachrichten

Nr. 338

Reichswirtschaftsminister Schmitt fährt nach London.

Berlin, den 22. Juli.

Reichswirtschaftsminister Schmitt wird sich morgen nach London begeben, wo er am Montag früh eintreffen wird. Er hat die Absicht, bei den Schlussarbeiten der Weltwirtschaftskonferenz anwesend zu sein.

Deutschlands Aufstieg aus eigener Kraft

Erklärungen des Reichswirtschaftsministers Schmitt in London

ts. London, 25. 7. (Eigenbericht)

Das Büro der Weltwirtschaftskonferenz hielt heute nachmittag seine Schlußsitzung ab, um über die Vertagungsformel zu beraten. Von deutscher Seite nahmen an den Besprechungen Bürgermeister Krogmann, Dr. Schacht, Botschafter v. Hoesch und Staatssekretär Dr. Posse teil. Nach etwa fünfviertelstündiger Beratung nahm man davon Abstand, einen festen Termin für den Wiederzusammentritt der Konferenz zu bestimmen. Auch die deutsche Delegation hielt ein solches Unterfangen für zwecklos. Man verzichtete auch darauf, ein Zwölfmännerkollegium einzusetzen, das das Weiterbestehen der Konferenz hätte beweisen sollen. Schließlich einigte man sich dahin, daß das Büro der Konferenz, dem Vertreter aller größerer Staaten angehören, mit der Aufgabe betraut wird, die Konferenzprobleme im Auge zu behalten und eventuell zu gegebener Zeit, aber nicht später als 1. September, eine Wiedereinberufung anzuregen oder die Konferenz endgültig zu begraben.

Praktisch läuft das darauf hinaus, daß MacDonald mit den Londoner Botschaftern und Gesandten der im Büro vertretenen Staaten und mit dem Völkerbundsekretariat in Fühlung bleibt. Damit ist die Konferenz so gut wie tot, denn wenn MacDonald wirklich eines Tages an die Wiedereinberufung denken sollte, müßte zweifellos in langwierigen diplomatischen Verhandlungen festgestellt werden, ob auch nur eine Mehrzahl der Nationen bereit ist, das jetzt fehlgeschlagene Londoner Experiment zu wiederholen.

Die Rednerliste für die Vollversammlung am Donnerstag wächst immer noch. Von deutscher Seite wird Bürgermeister Krogmann das Schlußwort sprechen. Für England spricht Chamberlain, für Amerika Hull, für die Franzosen Bonnet und für die Italiener voraussichtlich Finanzminister Jung.

Daß Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt in der City Verhandlungen über ein deutsches Entgegenkommen in der Transferfrage und volkspolitische Kompensationen für ein solches Entgegenkommen führe, wird von deutscher Seite als unrichtig bezeichnet. Dr. Schmitt hatte heute vormittag eine längere Unterhaltung mit Premierminister MacDonald.

Am Nachmittag gab

Minister Schmitt

dem Reuterbüro ein Interview folgenden Inhalts:

Mein Besuch in London hängt nur mittelbar mit der Weltwirtschaftskonferenz zusammen. Ich hatte vor allen Dingen die Absicht, Ministerpräsident MacDonald meine Aufwartung zu machen und mein Interesse für die hohen Ziele der Konferenz zu bekunden. Wenn diese auch nicht den allgemein in der ganzen Welt sehnsüchtig erwarteten Erfolg hat, so hoffe ich doch, daß die geleistete Arbeit einen solchen für die Zukunft vorbereitet, und damit

die großen Anstrengungen der beteiligten Regierungen ihren Lohn finden. Was Deutschland betrifft, so ist jedenfalls für den Augenblick unsere Wirtschaftspolitik klar vorgezeichnet.

Wir müssen alles tun, um aus eigener Kraft in die Höhe zu kommen und unseren Arbeitslosen Beschäftigung zu geben.

Wir benutzen dabei keine Theorie, sondern benutzen jede reale Möglichkeit. Wenn auch die Lage in der ganzen Welt schwierig ist, so ist sie doch in keinem anderen großen Lande mit der Deutschlands zu vergleichen. In Deutschland besteht die Arbeitslosigkeit am längsten und am intensivsten und lastet dabei auf einem Lande, dessen Wirtschaft und Bevölkerung in weitestem Ausmaß ihr Vermögen und Reserven verbraucht haben. Ich bin davon überzeugt, daß die Welt immer mehr Verständnis haben wird, daß bei solchen schwierigen Verhältnissen nur starke und in ihrer Durchführung auf lange Sicht gerichtete Maßnahmen helfen können.

Wenn ich aus meinem bisherigen Beruf heraus dem Ruf des Reichskanzlers gefolgt und in die Regierung eingetreten bin, so tat ich das deshalb, weil ich davon durchdrungen bin, daß er die große Aufgabe der Wiederaufrichtung Deutschlands lösen kann und lösen wird. Hitler hat das große Verdienst, daß er die das ganze Volk erfassende Bewegung der innerlichen und moralischen Erneuerung hervorgerufen hat. Unter seiner Führung wird sich in Deutschland überall der Grundsatz durchsetzen, daß das Interesse der Gesamtheit der Nation dem eigenen Interesse voranzustellen ist.

Ich glaube, es wäre ein großer Schritt vorwärts in der Gesundung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, wenn auch die Völker im Verhältnis zueinander nicht nur ihr vermeintliches Eigeninteresse von morgen zu wahren suchten, sondern in ehrlicher Berücksichtigung der Lebensinteressen der anderen einen Ausgleich suchen würden, der dem Gesamtinteresse der Weltwirtschaft am besten dient. Deutschland, auf sich selbst besonnen und wirtschaftlich gesundet, wird sich jedenfalls nicht von der Welt abschließen, sondern wird immer Wert darauf legen, getreu seiner Vergangenheit ein angesehenes und wertvoller Beteiligter im Kreise der Völker zu sein.

★

Die deutsche Delegation hat natürlich den Aufenthalt in London nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern die gleichzeitige Anwesenheit zahlreicher fremder Wirtschaftspolitiker dazu benutzt, schwebende handelspolitische Fragen zu klären.

Die Meldung des Reuterbüros über die Absicht des Gouverneurs Corg, bei der Schlußrede einen sensationellen finanzpolitischen Vorschlag einzubringen, wird uns von amerikanischer Seite dementiert.

15714 - 0010 BEC

Signatur

P. Schmitt

Datum

~~26. Juni 1933~~

28 Juli 1933

Hamburger Nachrichten

Nr. 343

Deutschland hilft sich aus eigener Kraft.

Der Reichswirtschaftsminister hatte eine längere vertrauliche Aussprache mit Macdonald. Nachmittags gab er dem Vertreter der Reuter-Agentur eine Unterredung, in der der Minister darauf hinwies, daß sein Besuch in London nur mittelbar mit der Weltwirtschaftskonferenz zusammenhänge. Er habe vor allem die Absicht, Macdonald seine Aufwartung zu machen und sein Interesse für die hohen Ziele der Konferenz zu bekunden. Was Deutschland betrifft, fuhr der Minister fort, so ist für den Augenblick unsere Wirtschaftspolitik klar vorgezeichnet.

Wir müssen alles tun, um aus eigener Kraft in die Höhe zu kommen und unseren Arbeitslosen Beschäftigung zu geben.

Wenn ich aus meinem bisherigen Beruf heraus dem Rufe des Reichskanzlers gefolgt und in die Reichsregierung eingetreten bin, so tat ich das deshalb, weil ich davon durchdrungen bin, daß er die große Aufgabe der Wiederaufrichtung Deutschlands lösen kann und lösen wird. Unter seiner Führung wird sich in Deutschland überall der Grundsatz durchsetzen, daß das Interesse der Gesamtheit der Nation dem eigenen Interesse voranzustellen ist. Deutschland, schloß der Minister, wird immer Wert darauf legen, getreu seiner Vergangenheit ein angesehenes und wertvoller Teilnehmer im Kreise der Völker zu sein.

Für Mittwoch hat die deutsche Delegation die führenden Delegierten der wichtigen anderen Delegationen zu einem Frühstück ins Dorchester Hotel eingeladen.

Schmitt, Dr. Ernst
P

Signatur

15714 = 0011 BEC

Datum 16. Aug. 1933

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr 191

Ausgerechnet Dr. Schmitt?

Unter dieser Schlagzeile schreibt Ernst Schubert in der Kreuz-Zeitung Nr 208 u. a. „Wer vor etwa 1½ Jahren voraussagte, daß der Wirtschaftsminister Adolf Hitlers Thyssen heißen würde, wobei mit dem Namen des Industriellen nicht die Person, sondern der Typ des Betriebswirtschaftlers und Industriemannes gemeint war, der wurde als Reaktionär oder als Ketzer verschrien. Heute ist die Besetzung des Wirtschaftsministeriums mit einem Mann des vorhergesagten Typs Wirklichkeit und notwendige Wirklichkeit geworden. Obschon die Wahl Dr. Schmitts 100prozentig im Geiste des schon damals gültigen Programms des Führers liegt, gewöhnt sich die breite Masse unseres Volkes erst langsam an den Gedanken, daß auf diesem Wege der nationale Sozialismus des neuen Deutschland konsequent verwirklicht werden wird. Daß sich hierbei unsere Wirtschaftspolitik auf keinem Ab- oder Umweg befindet, läßt sich unschwer zeigen.“

Nachdem dann weiter ausgeführt wird, daß Sozialismus kein Rechenexempel und kein Ingenieurkunststück sei, wie man in Rußland glaubte, sondern eine seelische Haltung, heißt es: „Daß dieser volksbewußte, geistgeborene Sozialismus, wie ihn Franz Seldte einmal charakterisierte, nicht dem bloßen Produktionsgedanken des 19. Jahrhunderts verhaftet bleibt, dafür garantiert die Frontgeneration, die am 30. Januar 1933 die Herrschaft antrat. Man kann der Meinung sein, daß es gegen „den Rückfall in die Sünde“ auch formaler Sicherungen bedarf, da wir ja nach Kant alle aus „krummem Holz“ geschnitzt sind. Diese Sicherung ist schon vorhanden in der Organisation, die für die Hand des Führers geschaffen wurde.“

Wir erinnern hier nur an sechs Dinge: Die Bestellung Kepplers zum Wirtschaftsbeauftragten der NSDAP. und direkten Berater Hitlers, die Einrichtung des Generalrats der Wirtschaft, die Berufung der Treuhänder der Arbeit durch den Reichsarbeitsminister Seldte und sein Abkommen mit dem Reichswirtschaftsminister Schmitt über das gemeinsame Vorgehen in allen arbeitspolitischen Fragen, die Schaffung des Kartellgesetzes und die Aufrichtung der Deutschen Arbeitsfront durch Dr. Ley.

Dieser Ueberblick zeigt, daß das neue Wirtschaftsethos auch formal in genügender Weise unterbaut ist und daß Hitler das Reichswirtschaftsministerium auch einem „reinen“ Betriebswirtschaftler hätte anvertrauen können, der nicht die ethische und soziale Haltung hätte, die wir vom Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt kennen. Es war aber selbstverständlich für Hitler, daß ein Betriebswirtschaftler und Industriemann das Reichswirtschaftsministerium führen muß, wenn verhindert werden soll, daß der nationale Sozialismus des neuen Deutschland in Chiliasmus und Illusionen verfällt und seine Wirklichkeitsnähe verliert, denn die Gesetzmäßigkeit des Betriebes — wir sprechen nicht von Eigengesetzlichkeiten — ist eine andere als die, von der marxistische Weltverbesserer träumten.“

Eine bedeutsame Rede Schmitts

Ausführungen des Reichswirtschaftsministers in Köln

Köln, 14. 8.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt sprach am Sonntagvormittag auf einem vom Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland, Professor Börger, einberufenen „Kongreß der deutschen Arbeit am Rhein“. Der große festlich geschmückte Saal der Messe war dicht gefüllt.

Nach dem Einmarsch der Fahnenabordnungen betrat der Minister mit den Herren seiner Begleitung, stürmisch begrüßt, den Saal.

Gauleiter Staatsrat Groß wies in seiner Begrüßungsansprache u. a. darauf hin, daß der Besuch des Ministers und seine erste große Rede in Deutschland beweise, daß er die Bedeutung des Westens für das Reich erkannt habe.

Darauf ergriff

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt

das Wort. Er führte u. a. aus: Mein ehrliches Bestreben ist es, daß, wie ich den Treuhänder der Arbeit, Herrn Börger, als den Typ des deutschen Arbeiters kennen gelernt habe, so soll er mir einst erwidern können, daß ich auf der anderen Seite der Mann war, mit dem der deutsche Arbeiter und unter dessen Führung der deutsche Arbeiter Deutschlands Wirtschaftsstellung und Wirtschaftsgestaltung zu Hause und in der Welt wiederherstellen konnte. Es solle nicht mehr vorkommen, fuhr der Minister fort, daß der Kampf und Hader eines gegen den andern fortgesetzt werde. Es solle so sein, daß die Arbeit, und zwar die gesamte Arbeit, gleich, wer sie verrichte, von beiden Seiten geehrt werde. Diese Ehre führe zur Zusammenarbeit und zu dem Erfolg, den wir brauchen, um Deutschland wirtschaftlich wieder aufzurichten. Es ist das große Wert unseres Führers Adolf Hitler, daß er durch den Abschluß der nationalen Erhebung die Voraussetzungen geschaffen hat, um die wirtschaftlichen Aufgaben in Angriff zu nehmen, vor denen wir stehen. Der Nationalsozialist versteht unter dem deutschen Sozialismus, daß jeder auf seinem Platz das Beste hergibt für sein Volk und für die Gesamtheit und sich einordnet, alles für das Volk zu tun. Das sind die großen Voraussetzungen und die Grundlagen für den großen Optimismus, den wir haben können.

Entscheidend ist der in unserem großen Volk lebende Glaube und Wille. Wir dürfen uns bei dem notwendigen Optimismus, den wir wahrhaftig haben dürfen, keinen Utopien hingeben. Wir dürfen nicht glauben, daß es egal ist, ob der oder jener in der Welt uns haßt und uns beseindet. Wir dürfen nicht glauben, daß alles von selbst kommt und daß wir wirtschaftlich von Sieg zu Sieg schreiten könnten. Wir dürfen nicht glauben, daß wir durch gewaltsame Eingriffe, durch Siegmeldungen über Beseitigung der örtlichen Arbeitslosigkeit, das große Problem der

wirklichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit

erreichen können. Wir müssen den wirtschaftlichen Aufbau gründlich anfassen, ihn in seinen Ursachen erforschen und wir müssen die Ursachen wirklich beseitigen.

Als ich hier dieses wunderbare Land sah, kam ich unwillkürlich auf den Gedanken, daß wir kein Recht haben, allzu pessimistisch zu sein. Es wäre verkehrt — und das ist der Sinn meiner Ausführungen —, wenn man die Auffassung verträte, als ob es bei uns überhaupt nicht geschafft werden könnte. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, den Kampf gegen die wirtschaftliche Krise an ihrer Quelle erfassen müssen in ernster und vernünftiger Arbeit, planmäßig und zielbewußt, und daß dann auch große Erfolge und damit ein großer Rückgang der Arbeitslosigkeit erreicht werden kann. Wir sind heute uns alle darüber klar, daß es ohne Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht geht, und Sie wissen ja, daß wir am Werke sind, ich kann Ihnen versprechen, daß die Regierung auf diesem Gebiete tun wird, was überhaupt menschenmöglich ist. Aber diese Arbeitsbeschaffungsprogramme, mögen sie noch so weit gehen, werden immer nur eine Zündung bedeuten. Sie können nur dazu dienen, um den bisherigen Zustand des Daniederliegens aufzulockern und in Bewegung zu bringen und die Voraussetzungen zu schaffen, um die allgemeine Wirtschaft zu beleben. Diese tausendfältige Wirtschaft unseres 65-Millionen-Volkes wieder in Gang zu bringen, das ist die eigentliche, die große Aufgabe, vor der wir stehen, und wenn die gelöst wird, dann werden wir eine dauernde Beseitigung oder einen dauernden Rückgang der Arbeitslosigkeit haben.

Aber es liegt auf der anderen Seite die Notwendigkeit vor, daß man sich nicht auf die künstlichen Mittel allein festlegt und allein an sie und ihren Erfolg glaubt. Der Ausruf „Deutsche, gebt Aufträge!“ kann allein nicht von Erfolg sein. Man hat in der Vergangenheit zuviel gebaut, zuviel Anlagen geschaffen, die dann unbenutzt blieben, und hat dann den Vorwurf erhoben, man hätte zurückhaltender sein können. Der Mensch darf eben nur etwas unternehmen, was wirtschaftlich vernünftig ist, was er verantworten kann.

Wir haben aber unter allen Umständen heute einen wirklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ohne den konjunkturellen Rückgang, ohne die künstlichen Maßnahmen. Es hat keinen Zweck, wenn man heute die Arbeitslosen in einem Bezirk auf Befehl in Arbeit bringt, ohne daß die Unternehmen dies verdauen können, oder wenn man sie auf einen anderen Bezirk abschiebt. Aber der wirklich ernsthafte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist tatsächlich da. Der erste Schritt ist immer der schwerste und zäh müssen wir daran weiterbauen, um den gesunden Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verstärken. Gesund ist er aber nur dann, wenn der Unternehmer, der den Arbeitslosen hereinnimmt, ihn tragen kann. Dann wird der Arbeitslose in Arbeit bleiben und wir erleben keinen Rückschlag. In unserem neuen Deutschen Reich dürfen wir unter keinen Umständen einen Rückschlag erleiden und deshalb dürfen wir auch keinen Denkschüler machen.

Ein zweiter außerordentlich wichtiger Punkt, der zu der organischen Belebung unserer Wirtschaft gehört, ist

die Frage unseres Geld- und Kapitalmarktes.

Der Kapitalmarkt in Deutschland ist zweifellos außerordentlich knapp, er ist aber nicht so knapp — nämlich das ausländische Kapital, das nicht herauskann, und das deutsche Kapital, das auch nicht herauskann infolge

Eine bedeutsame Rede Schmitts

Ausführungen des Reichswirtschaftsministers in Köln

Köln, 14. 8.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt sprach am Sonntagvormittag auf einem vom Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland, Professor Bürger, einberufenen „Kongreß der deutschen Arbeit am Rhein“. Der große festlich geschmückte Saal der Messe war dicht gefüllt.

Nach dem Einmarsch der Fahnenabordnungen betrat der Minister mit den Herren seiner Begleitung, förmlich begrüßt, den Saal.

Gauleiter Staatsrat Grohé wies in seiner Begrüßungsansprache u. a. darauf hin, daß der Besuch des Ministers und seine erste große Rede in Deutschland beweise, daß er die Bedeutung des Westens für das Reich erkannt habe.

Darauf ergriff

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt

das Wort. Er führte u. a. aus: Mein ehrliches Bestreben ist es, daß, wie ich den Treuhänder der Arbeit, Herrn Bürger, als den Typ des deutschen Arbeiters kenne gelernt habe, so soll er mir einst erwidern können, daß ich auf der anderen Seite der Mann war, mit dem der deutsche Arbeiter und unter dessen Führung der deutsche Arbeiter Deutschlands Wirtschaftsstellung und Wirtschaftsgestaltung zu Hause und in der Welt wiederherstellen konnte. Es solle nicht mehr vorkommen, fuhr der Minister fort, daß der Kampf und Hader eines gegen den andern fortgesetzt werde. Es solle so sein, daß die Arbeit, und zwar die gesamte Arbeit, gleich, wer sie verrichte, von beiden Seiten geehrt werde. Diese Ehre führe zur Zusammenarbeit und zu dem Erfolg, den wir brauchen, um Deutschland wirtschaftlich wieder aufzurichten. Es ist das große Wert unseres Führers Adolf Hitler, daß er durch den Abschluß der nationalen Erhebung die Voraussetzung geschaffen hat, um die wirtschaftlichen Aufgaben in Angriff zu nehmen, vor denen wir stehen. Der Nationalsozialist versteht unter dem deutschen Sozialismus, daß jeder auf seinem Platz das Beste hergibt für sein Volk und für die Gesamtheit und sich einordnet, alles für das Volk zu tun. Das sind die großen Voraussetzungen und die Grundlagen für den großen Optimismus, den wir haben können.

Entscheidend ist der in unserem großen Volk lebende Glaube und Wille. Wir dürfen uns bei dem notwendigen Optimismus, den wir wahrhaftig haben dürfen, keinen Utopien hingeben. Wir dürfen nicht glauben, daß es egal ist, ob der oder jener in der Welt uns haßt und uns beseindet. Wir dürfen nicht glauben, daß alles von selbst kommt und daß wir wirtschaftlich von Sieg zu Sieg schreiten könnten. Wir dürfen nicht glauben, daß wir durch gewalttätige Eingriffe, durch Siegmeldungen über Beseitigung der örtlichen Arbeitslosigkeit, das große Problem der

wirklichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit

erreichen können. Wir müssen den wirtschaftlichen Aufbau gründlich fassen, ihn in seinen Ursachen erforschen und wir müssen die Ursachen wirklich beseitigen, die zu dem Niedergehen der deutschen Wirtschaft geführt haben.

Als ich hier dieses wunderbare Land sah, kam ich unwillkürlich auf den Gedanken, daß wir kein Recht haben, allzu pessimistisch zu sein. Es wäre verkehrt — und das ist der Sinn meiner Ausführungen —, wenn man die Auffassung vertrat, als ob es bei uns überhaupt nicht geschafft werden könnte. Ich bin der Überzeugung, daß wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, den Kampf gegen die wirtschaftliche Krise an ihrer Quelle erfassen müssen in ernster und vernünftiger Arbeit, planmäßig und zielbewußt, und daß dann auch große Erfolge und damit ein großer Rückgang der Arbeitslosigkeit erreicht werden kann. Wir sind heute uns alle darüber klar, daß es ohne Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht geht, und Sie wissen ja, daß wir am Werke sind, ich kann Ihnen versprechen, daß die Regierung auf diesem Gebiete tun wird, was überhaupt menschenmöglich ist. Aber diese Arbeitsbeschaffungsprogramme, mögen sie noch so weit gehen, werden immer nur eine Zündung bedeuten. Sie können nur dazu dienen, um den bisherigen Zustand des Daniederliegens aufzulockern und in Bewegung zu bringen und die Voraussetzungen zu schaffen, um die allgemeine Wirtschaft zu beleben. Diese tausendfältige Wirtschaft unseres 65-Millionen-Volkes wieder in Gang zu bringen, das ist die eigentliche, die große Aufgabe, vor der wir stehen, und wenn die gelöst wird, dann werden wir eine dauernde Beseitigung oder einen dauernden Rückgang der Arbeitslosigkeit haben.

Aber es liegt auf der anderen Seite die Notwendigkeit vor, daß man sich nicht auf die künstlichen Mittel allein festlegt und allein an sie und ihren Erfolg glaubt. Der Ausruf „Deutsche, gebt Aufträge!“ kann allein nicht von Erfolg sein. Man hat in der Vergangenheit zuviel gebaut, zuviel Anlagen geschaffen, die dann unbenutzt blieben, und hat dann den Vorwurf erhoben, man hätte zurückhalten sollen können. Der Mensch darf eben nur etwas unternehmen, was wirtschaftlich vernünftig ist, was er verantworten kann.

Wir haben aber unter allen Umständen heute einen wirklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ohne den konjunkturellen Rückgang, ohne die künstlichen Maßnahmen. Es hat keinen Zweck, wenn man heute die Arbeitslosen in einem Bezirk auf Befehl in Arbeit bringt, ohne daß die Unternehmen dies verdauen können, oder wenn man sie auf einen anderen Bezirk abschiebt. Aber der wirklich ernsthafte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist tatsächlich da. Der erste Schritt ist immer der schwerste und zäh müssen wir daran weiterbauen, um den gesunden Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verstärken. Gesund ist er aber nur dann, wenn der Unternehmer, der den Arbeitslosen hereinnimmt, ihn tragen kann. Dann wird der Arbeitslose in Arbeit bleiben und wir erleben keinen Rückschlag. In unserem neuen Deutschen Reich dürfen wir unter keinen Umständen einen Rückschlag erleben und deshalb dürfen wir auch keinen Denkschlag machen.

Ein zweiter außerordentlich wichtiger Punkt, der zu der organischen Belebung unserer Wirtschaft gehört, ist

die Frage unseres Geld- und Kapitalmarktes.

Der Kapitalmarkt in Deutschland ist zweifellos außerordentlich knapp, er ist aber nicht so knapp — nämlich das ausländische Kapital, das nicht herauskann, und das deutsche Kapital, das auch nicht herauskann infolge

Wenden!

der Devisenzwangslage — als es vielen erscheint. Das Kapital ist deshalb knapp, weil es sich nicht in irgend etwas hineintraut, nicht nur nicht in Unternehmungen und in Aufträge, sondern auch nicht einmal auf den Kapitalmarkt selbst. Warum? Weil auch hier eine Unruhe herrscht durch die vielen theoretischen Diskussionen über die Frage „Zwangweise Herabsetzung des Zinsfußes“ und Gott weiß was alles.

In dem Augenblick, wo es uns möglich ist, den Kapitalmarkt wirklich zu beruhigen und wirklich den Glauben in unser Volk hineinzubringen, daß eine Anlage in Deutschland nicht gefährdet ist, wenn wir das in Ordnung bringen, dann wird das Kapital der Sparer, der Geldbesitzer bereit sein, auf den Markt zu gehen, das aber drückt dann automatisch den Zinsfuß herab. Dann wird das Geld billiger, und zwar wirklich billiger und das ist das zweite große Ziel.

Wenn wir erreichen, daß der Kapitalmarkt in Deutschland billiger wird, dann wird es auch billiger, mit fremden Geld etwas bauen und etwas zu unternehmen, und die Lust dazu wird sich steigern. Diese beiden Erwägungen, die viele im Augenblick vielleicht ablehnen, das sind die springenden Punkte für die organische Wiederbelebung unserer Wirtschaft. Wir müssen selbstverständlich daneben alles tun, was überhaupt nur denkbar ist, um diese organische Belebung herbeizuführen, die durchaus nicht allzu schnell kommen darf. Ich kann nicht einen Betrieb, der nachweislich nicht mehr Arbeit hat als für drei Arbeiter, zwingen, er solle sechs beschäftigen oder gar noch den gleichen Lohn bezahlen, das muß zum Mißerfolg führen. Aber wir können und werden alles tun, was für die Wirtschaft überhaupt tragbar ist und auch noch auf anderem Wege, die Arbeitslosigkeit schon im Interesse der großen Zahl der einzelnen oft seit Jahren arbeitslosen deutschen Menschen zurückzudrücken und zu unterdrücken.

Der Minister sprach dann über das Verhältnis zum

Außenhandel

und führte u. a. aus, entscheidend sei auch hier das Gesamtwohl, und es sei Aufgabe des Staates und der Regierung, abzuwägen, inwieweit man in Rücksicht auf das Interesse der Gesamtheit nun unseren Export fördern kann und inwieweit man zurückstehen muß. Es ist ja ganz klar, daß heute durch die Weltkrise, durch die Schwierigkeiten in den anderen Ländern und der von ihnen getroffenen Maßnahmen die Situation für unseren Außenhandel außerordentlich erschwert ist. Trotz allem gibt es natürlich infolge der großen Außenhandelsorganisation, die wir haben, vor allem infolge der Qualität der deutschen Ware und der alten Absatzmärkte und vor allem in den Dingen infolge des Austausches von deutschen Einfuhrnotwendigkeiten auch in der Zukunft für uns große Möglichkeiten. Sie können, so erklärte der Minister, versichert sein, daß wir als Reichsregierung und als Reichswirtschaftsministerium alles tun werden, um das Menschennögliche im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft auch auf dem Gebiete des Exports zu erreichen.

An dem Aufbau der Wirtschaft aber muß die Wirtschaft vor allen Dingen selbst mithelfen. Sie wird das tun durch ihre Vielfältigkeit und Tausendköpfigkeit, durch die Konkurrenz, die den Markt bestimmt und den Markt beeinflusst.

Ohne Konkurrenz wird es niemals ein Vorwärts, niemals eine gesunde Wirtschaft geben.

Wir müssen infolgedessen unbedingt daran festhalten, daß die in Jahrtausenden gewachsene deutsche Wirtschaft in ihren großen Einzelheiten nicht nur sich möglichst selbst verwalte und selbst kontrolliert, und zwar gibt ihr das neue Reich hierzu die Parole und die organisatorischen Möglichkeiten, sondern wir müssen auch dafür sorgen, daß wir durch den freien Markt eine leistungsfähige und konkurrenzfähige Wirtschaft haben, die auch konkurrenzfähig bleibt im Hinblick auf das, was das Ausland kann und leistet.

Nun eine andere Seite: Wir, die wir die Erfahrung und heute die Möglichkeit dazu haben, müssen dafür sorgen, daß alle die jungen Menschen, die heute am liebsten die ganze Welt auflösen und von Anfang an neu aufbauen möchten, möglichst bald in die Arbeit kommen, damit sie in ihren jungen Jahren Lebenserfahrung sammeln können und damit diese wertvollen Kräfte unseres deutschen Volkes uns nicht auf die Dauer verlorengehen. Das ist das Wichtigste.

Es ist die einzige große Aufgabe, die wir haben. Zu allen Fragen hat die Reichsregierung unter Führung Adolf Hitlers Stellung genommen. Und infolgedessen ist es nicht richtig, wenn hierzu nun örtlich oder von einzelnen Verbänden, besonders, wenn es die Konkurrenz ist, wieder gesondert Stellung genommen wird. Es ist nicht schwer, in einem kleinen Landkreis, wo ganz wenig Industrie ist, die Arbeitslosigkeit damit zu bekämpfen, daß man die dort vorhandenen Arbeitslosen vielleicht in der Landwirtschaft oder in der kleinen Industrie unterbringt oder daß man die örtliche Versorgung proklamiert und damit den örtlichen Absatz der örtlichen Unternehmungen hebt. Was soll zum Beispiel aus dem Ruhrgebiet mit seinen Millionen Arbeitern werden, wenn sich jeder einzelne Teil Deutschlands selbst versorgen würde.

Diese Dinge müssen den Händen der berufenen Regierungsstellen anvertraut und überlassen bleiben. Und es muß sich jeder, der dazu nicht berufen ist, und der infolgedessen davon auch nicht genug versteht, enthalten, hier einzugreifen.

Die große Idee unseres neuen Deutschland ist ja

der Führergedanke.

Ich habe in der kurzen Zeit, wo ich unter Adolf Hitler die deutsche Wirtschaft verantwortlich geleitet habe, gesehen, welch ungeheures Glück die deutsche Nation in ihm gefunden hat. Es ist deshalb wirklich nicht zuviel verlangt, wenn die deutsche Regierung dem deutschen Volk zuruft, daß sich jeder seinem Willen fügen soll. Sie können sich darauf verlassen: Je mehr Sie es tun, desto schneller und desto glänzender wird Deutschlands Wiederaufstieg sein. Ich muß deshalb auch vom Standpunkt des Reichswirtschaftsministeriums und der Wirtschaft verlangen, daß wir das Führerprinzip, die Anerkennung der Autorität — allerdings auch auf der anderen Seite der Verantwortung — in der schärfsten Weise proklamieren. Wir müssen im Sinne unseres heutigen Reiches das Führerprinzip, das Verantwortlichkeitsprinzip, das Männerprinzip durchführen.

Wir brauchen deutsches Volk, in unseren Betrieben Männer, die fachkundig sind, und die die Verantwortung tragen, daß der Betrieb fachkundig geführt wird. Denn nur dann wird er sich wieder entwickeln können und nur dann wird er möglichst viele Arbeiter beschäftigen können. In diesem Sinne müssen wir auch unseren Nachwuchs erziehen. Deshalb bange ich gerade so darum, daß wir unsere jungen Leute in die Betriebe als unsere zukünftige Führergeneration hineinbekommen. Seien Sie überzeugt, daß wir dazwischenfahren nicht nur in wirtschaftlichen Dingen, sondern vor allen Dingen in moralischen, wo es sich darum handelt, daß jemand sich am Interesse der Gesamtheit versündigen könnte. Aber wir wollen uns ein junges, verantwortungsbewusstes deutsches Führertum heranziehen. Völlig mißverständlich ist es, wenn in Öffentlichkeit und Presse des Auslandes immer wieder einzelne Führer genannt und gegeneinander gestellt werden. Es gibt in dem großen Führerring nur eine einheitliche, ehrliche und offene Zusammenarbeit unter dem Kanzler Adolf Hitler. Wenn das neue Deutschland seine Wirtschaft wieder aufbaut und seine Dinge in Ordnung bringt, kann die übrige Welt ihm dafür nur dankbar sein, denn es nimmt den anderen Völkern damit viel Sorge ab. In diesem Sinne gilt für uns das Wort: Deutschland, Deutschland, über alles! Für uns steht das Gesamtwohl über alle anderen Interessen.

Zum Schluß ergriß noch kurz der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland, Professor Bürger, das Wort. Mit dem Deutschland- und dem Horst-Wessel-Lied schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

15714 - 0013 BEC

Signatur

SP

Datum

Schmitt, Dr.
13. Dez. 1933

Kölnische Zeitung

Nr. 672.

Dr. Schmitt in England

Berlin, 13. Dezember

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hat sich auf einige Tage nach England begeben, um an einer Trauung in einer befreundeten Familie in London teilzunehmen.

Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß sich während seines Aufenthalts Gelegenheit bieten wird, mit maßgeblichen Persönlichkeiten der englischen Politik und Wirtschaft in zwangloser Weise persönlich Fühlung zu nehmen.

Der Deutsche Volkswirt (Berlin)

Nr. 11.

O. M. Der Reichswirtschaftsminister gehört nicht zu den Männern, die sich bei ihrer Amtsführung gern und oft an die Öffentlichkeit wenden. Man möchte sogar wünschen, daß Dr. Schmitt regelmäßiger und häufiger als bisher auf großen Tagungen und vor der Presse das Wort ergriffe. Vor allem dann, wenn er, wie diesmal, eine Form und einen Ton findet, der so glücklich nationalsozialistisches Denken mit wirtschaftlicher Erfahrung verbindet. Die Wirtschaft, der die Regierung die Aufgabe gestellt hat, die Krise zu überwinden und Millionen Menschen aufs neue zu beschäftigen, will von dem zuständigen und verantwortlichen Minister immer wieder hören, wie es um sie steht und was sie vom Staat und der politischen Führung zu erwarten hat. Zudem geht von fast jeder Rede Dr. Schmitts eine besondere psychologische Wirkung aus. Die wirtschaftenden Menschen in Deutschland, oft genug besorgt um die nächste Zukunft ihres Unternehmens und ihrer Mitarbeiter und manchmal ratlos und unsicher vor dem allzu vielen Neuen und Widerspruchsvollen, sehen und hören, daß hier einer von ihnen spricht, einer, der sie versteht, der selber eine ganz große unternehmerische Leistung aufweisen kann. Einem solchen Mann wird dann auch bereitwillig gefolgt, wenn er die Notwendigkeit des Umlernens darlegt und wenn er neue Formen wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens ankündigt.

In den letzten Tagen hat Dr. Schmitt zweimal vor der Öffentlichkeit gesprochen, das erstemal in Jena auf der Tagung der Versicherungsvertreter, sodann Anfang der Woche vor der deutschen und auswärtigen Presse im Reichswirtschaftsrat. Die Ausführungen in Jena sind ganz auf das Problem der Erneuerung des wirtschaftenden Menschen abgestellt. Sie sind darüber hinaus durch eine persönliche Note gekennzeichnet, die dem Umkreis — der beruflichen Vergangenheit des Ministers — zuzuschreiben ist. Die Quintessenz dieser Rede vor den Versicherungsfachleuten ist ein offenes, fast leidenschaftliches Bekenntnis des Reichswirtschaftsministers zu dem Gedanken der Leistung, des Erwerbssinnes, des persönlichen Vorwärtstrebens als des stärksten Antriebs wirtschaftlichen Lebens. Auch Dr. Schmitt sieht und will den Vorrang des Ganzen, das Vorrecht der Volksgemeinschaft vor dem Interesse des Einzelnen. Auch er fordert eine neue soziale Gesinnung. Aber der Sozialismus, den er dem deutschen Volke wünscht, ist sozusagen ein Sozialismus nach oben, ein Sozialismus, der den Ausgleich nicht nach dem Maßstab der Benachteiligten und der Unbegabten, also nach unten, vollziehen will, sondern der an den Ehrgeiz, den Fleiß und die Tüchtigkeit jedes Einzelnen appelliert, um auf dem Weg über die persönliche Leistung und ihren Erfolg die Besserung der allgemeinen Lage und der sozialen Ordnung zu erreichen. Das ist die Auffassung Dr. Schmitts vom Nationalsozialismus, und dabei beruft er sich mit Recht auf das von Adolf Hitler selber zum ersten Grundsatz des nationalsozialistischen Staates erhobene Führerprinzip. Mit dem Führer teilt der Minister auch die Abneigung gegen die allzu konstruktive und dogmatische Auslegung der Ziele und Methoden der nationalsozialistischen Bewegung. Ihm kommt es, da sich Aufgabe und Endziel von selber verstehen und der Geist der Arbeit und gegenseitigen Hilfe vom Führer neu geschaffen wurde, vor allem darauf an, daß die tausend-

Grund der Erfahrung des wirtschaftlichen Praktikers. Diese Einstellung, der der Erfolg mehr gilt als der Weg und das Mittel, erinnert an britische Denk- und Handlungsweise, aber auch der Faschismus zeigt ja gerade auf wirtschaftlichem Gebiet die gleiche Zurückhaltung gegenüber der Versuchung, grundsätzliche Erkenntnisse und einheitliche Konstruktionen mit einem Schlage in die Wirklichkeit umzusetzen. Es ist natürlich, daß dieser Verzicht — während er von der schwer ringenden Wirtschaft selber begrüßt wurde — nicht immer von der jungen nationalsozialistischen Generation verstanden worden ist, die — bei genauer Kenntnis des schweren Nachkriegslosens der arbeitslosen und langsam verzweifelnden Volksgenossen, aber ohne ausreichendes Verständnis für Sorgen und Wert des wirtschaftenden Menschen — auf die rasche und planmäßige Verwirklichung ihres neuen und geschlossenen Weltbildes drängte. Es scheint aber, daß sich da ein Wechsel vollzieht. Einmal entscheidet auch hier, wie überall, der Erfolg und dann haben viele jener jungen Menschen inzwischen Gelegenheit gehabt, selber praktische Erfahrungen im Wirtschaftsleben zu sammeln, aus denen heraus sie die seinerzeitige Entscheidung des Führers, Dr. Schmitt zu einem seiner ersten Mitarbeiter auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet zu machen, heute besser verstehen.

Die zweite, große Rede des Reichswirtschaftsministers vor der Tagespresse ist viel bekannter geworden, wir brauchen an dieser Stelle nicht ausführlich auf sie einzugehen. Aus der Äußerung über den bevorstehenden Beginn der ständischen Neuordnung läßt sich entnehmen, daß auf diesem vielumstrittenen Gebiet — auf dem auch Mussolini erst jetzt die ersten vorsichtigen Schritte getan hat — die bisherige Zurückhaltung durch eine Initiative abgelöst werden soll, die auf den vorhandenen Einrichtungen aufbauen und die Entschlußfreiheit des Einzelnen nur soweit beschränken wird, als es das Interesse der Gesamtheit gebietet. Gerade in diesem Falle begrüßen wir die von dem Minister angekündigte Initiative. Denn es hatte sich längst gezeigt, daß dieses Problem durch jene Reserve nicht zu lösen war. Es bestand vielmehr die Gefahr, daß die überall zusammenhanglos entstehenden Ansätze zu neuen ständischen Formen den einheitlichen Aufbau erschweren könnten. Zudem ist durch die Auflösung der Verbände, die bisher die Träger des Arbeitsvertrags gewesen sind — allerdings steht nach der freiwilligen Selbstliquidation der Arbeitgebervereine die entsprechende Erklärung der gleichgeschalteten Gewerkschaften noch aus — in der Tat ein wirkliches Bedürfnis nach neuen Formen des Zusammenschlusses.

Was der Minister über die Bedeutung der Lastensenkung für die Gesundung des Hausbesitzes und darüber hinaus der Gesamtwirtschaft sagte, läßt den Schluß zu, daß die Reichsregierung hier ganze Arbeit machen will. Wir haben im „Deutschen Volkswirt“ wiederholt die Ansicht vertreten, daß die Wiedereinschaltung der privaten Wirtschaft — notwendig im Augenblick der ersten stärkeren Auswirkung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung — am raschesten, besten und nachhaltigsten durch eine gründliche Senkung aller wirtschaftlich hemmenden Steuern zu erreichen sei. Wir möchten, wie gesagt, aus den Worten Dr. Schmitts entnehmen, daß die Reichsregierung im

O. M. Der Reichswirtschaftsminister gehört nicht zu den Männern, die sich bei ihrer Amtsführung gern und oft an die Öffentlichkeit wenden. Man möchte sogar wünschen, daß Dr. Schmitt regelmäßiger und häufiger als bisher auf großen Tagungen und vor der Presse das Wort ergriffe. Vor allem dann, wenn er, wie diesmal, eine Form und einen Ton findet, der so glücklich nationalsozialistisches Denken mit wirtschaftlicher Erfahrung verbindet. Die Wirtschaft, der die Regierung die Aufgabe gestellt hat, die Krise zu überwinden und Millionen Menschen aufs neue zu beschäftigen, will von dem zuständigen und verantwortlichen Minister immer wieder hören, wie es um sie steht und was sie vom Staat und der politischen Führung zu erwarten hat. Zudem geht von fast jeder Rede Dr. Schmitts eine besondere psychologische Wirkung aus. Die wirtschaftenden Menschen in Deutschland, oft genug besorgt um die nächste Zukunft ihres Unternehmens und ihrer Mitarbeiter und manchmal ratlos und unsicher vor dem allzu vielen Neuen und Widerspruchsvollen, sehen und hören, daß hier einer von ihnen spricht, einer, der sie versteht, der selber eine ganz große unternehmerische Leistung aufweisen kann. Einem solchen Mann wird dann auch bereitwillig gefolgt, wenn er die Notwendigkeit des Umlernens darlegt und wenn er neue Formen wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens ankündigt.

In den letzten Tagen hat Dr. Schmitt zweimal vor der Öffentlichkeit gesprochen, das erstemal in Jena auf der Tagung der Versicherungsvertreter, sodann Anfang der Woche vor der deutschen und auswärtigen Presse im Reichswirtschaftsrat. Die Ausführungen in Jena sind ganz auf das Problem der Erneuerung des wirtschaftenden Menschen abgestellt. Sie sind darüber hinaus durch eine persönliche Note gekennzeichnet, die dem Umkreis — der beruflichen Vergangenheit des Ministers — zuzuschreiben ist. Die Quintessenz dieser Rede vor den Versicherungsfachleuten ist ein offenes, fast leidenschaftliches Bekenntnis des Reichswirtschaftsministers zu dem Gedanken der Leistung, des Erwerbsbesses, des persönlichen Vorwärtstrebens als des stärksten Antriebs wirtschaftlichen Lebens. Auch Dr. Schmitt sieht und will den Vorrang des Ganzen, das Vorrecht der Volksgemeinschaft vor dem Interesse des Einzelnen. Auch er fordert eine neue soziale Gesinnung. Aber der Sozialismus, den er dem deutschen Volke wünscht, ist sozusagen ein Sozialismus nach oben, ein Sozialismus, der den Ausgleich nicht nach dem Maßstab der Benachteiligten und der Unbegabten, also nach unten, vollziehen will, sondern der an den Ehrgeiz, den Fleiß und die Tüchtigkeit jedes Einzelnen appelliert, um auf dem Weg über die persönliche Leistung und ihren Erfolg die Besserung der allgemeinen Lage und der sozialen Ordnung zu erreichen. Das ist die Auffassung Dr. Schmitts vom Nationalsozialismus, und dabei beruft er sich mit Recht auf das von Adolf Hitler selber zum ersten Grundsatz des nationalsozialistischen Staates erhobene Führerprinzip. Mit dem Führer teilt der Minister auch die Abneigung gegen die allzu konstruktive und dogmatische Auslegung der Ziele und Methoden der nationalsozialistischen Bewegung. Ihm kommt es, da sich Aufgabe und Endziel von selber verstehen und der Geist der Arbeit und gegenseitigen Hilfe vom Führer neu geschaffen wurde, vor allem darauf an, daß die tausenden, sich täglich erneuernden Einzelfragen eine nach der anderen gelöst werden, nicht im Sinne irgendeiner Theorie oder Ideologie, sondern von Fall zu Fall auf

Grund der Erfahrung des wirtschaftlichen Praktikers. Diese Einstellung, der der Erfolg mehr gilt als der Weg und das Mittel, erinnert an britische Denk- und Handlungsweise, aber auch der Fascismus zeigt ja gerade auf wirtschaftlichem Gebiet die gleiche Zurückhaltung gegenüber der Versuchung, grundsätzliche Erkenntnisse und einheitliche Konstruktionen mit einem Schlage in die Wirklichkeit umzusetzen. Es ist natürlich, daß dieser Verzicht — während er von der schwer ringenden Wirtschaft selber begrüßt wurde — nicht immer von der jungen nationalsozialistischen Generation verstanden worden ist, die — bei genauer Kenntnis des schweren Nachkriegslebens der arbeitslosen und langsam verzweifelnden Volksgenossen, aber ohne ausreichendes Verständnis für Sorgen und Wert des wirtschaftenden Menschen — auf die rasche und planmäßige Verwirklichung ihres neuen und geschlossenen Weltbildes drängte. Es scheint aber, daß sich da ein Wechsel vollzieht. Einmal entscheidet auch hier, wie überall, der Erfolg und dann haben viele jener jungen Menschen inzwischen Gelegenheit gehabt, selber praktische Erfahrungen im Wirtschaftsleben zu sammeln, aus denen heraus sie die seinerzeitige Entscheidung des Führers, Dr. Schmitt zu einem seiner ersten Mitarbeiter auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet zu machen, heute besser verstehen.

Die zweite, große Rede des Reichswirtschaftsministers vor der Tagespresse ist viel bekannter geworden, wir brauchen an dieser Stelle nicht ausführlich auf sie einzugehen. Aus der Äußerung über den bevorstehenden Beginn der ständischen Neuordnung läßt sich entnehmen, daß auf diesem vielumstrittenen Gebiet — auf dem auch Mussolini erst jetzt die ersten vorsichtigen Schritte getan hat — die bisherige Zurückhaltung durch eine Initiative abgelöst werden soll, die auf den vorhandenen Einrichtungen aufbauen und die Entschlußfreiheit des Einzelnen nur soweit beschränken wird, als es das Interesse der Gesamtheit gebietet. Gerade in diesem Falle begrüßen wir die von dem Minister angekündigte Initiative. Denn es hatte sich längst gezeigt, daß dieses Problem durch jene Reserve nicht zu lösen war. Es bestand vielmehr die Gefahr, daß die überall zusammenhanglos entstehenden Ansätze zu neuen ständischen Formen den einheitlichen Aufbau erschweren könnten. Zudem ist durch die Auflösung der Verbände, die bisher die Träger des Arbeitsvertrags gewesen sind — allerdings steht nach der freiwilligen Selbstliquidation der Arbeitgebervereine die entsprechende Erklärung der gleichgeschalteten Gewerkschaften noch aus — in der Tat ein wirkliches Bedürfnis nach neuen Formen des Zusammenschlusses.

Was der Minister über die Bedeutung der Lasten senkung für die Gesundung des Hausbesitzes und darüber hinaus der Gesamtwirtschaft sagte, läßt den Schluß zu, daß die Reichsregierung hier ganze Arbeit machen will. Wir haben im „Deutschen Volkswirt“ wiederholt die Ansicht vertreten, daß die Wiedereinschaltung der privaten Wirtschaft — notwendig im Augenblick der ersten stärkeren Auswirkung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung — am raschesten, besten und nachhaltigsten durch eine gründliche Senkung aller wirtschaftlich hemmenden Steuern zu erreichen sei. Wir möchten, wie gesagt, aus den Worten Dr. Schmitts entnehmen, daß die Reichsregierung im psychologisch und wirtschaftlich geeigneten Zeitpunkt des neuen Jahres diesen bewährten Weg des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit gehen wird.

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 358/359/60

Die Aufgabe für 1934

Von Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt

Überall, wo Menschen wirken und schaffen, ist der Erfolg ihrer Tätigkeit von der Tüchtigkeit, von dem Fleiß, von Ehrlichkeit, Pflichtbewußtsein und einem gewissen gesunden Ehrgeiz abhängig. Wo Unfähigkeit, Trägheit, Falschheit, Neid und Pflichtvergessenheit die Oberhand gewinnen und sich breitmachen können, da werden auch die fortschrittlichsten technischen Einrichtungen eine erfolgreiche Arbeit nicht herbeiführen können. Technik ist Hilfsmittel, ist Förderer menschlichen schöpferischen Geistes. Das Entscheidende aber ist immer der Mensch selbst und ganz besonders der leitende Mensch, der Führer. In klarer Erkenntnis dieser Dinge ist der nationalsozialistische Staat ja auch zu dem Leistungs- und Führerprinzip gekommen, zu dem großen Suchen nach dem deutschen Menschen. Es ist in der Politik ebenso wie im Wirtschaftsleben. Wie die Menschen sind, die gestalten, und wie die sind, die ausführen, davon hängt letzten Endes alles ab.

Das große Problem der nationalsozialistischen Wirtschaft ist nicht nur eine neue Konstruktion des Wirtschaftsgebäudes, sondern es ist die Schaffung und Erneuerung des wirtschaftenden Menschen. Jeder, der Soldat war, weiß, was Korpsgeist ist. Er weiß, daß der Führer eines Regiments den Soldaten, vor allen Dingen das Offizierkorps formt. Wir alle stehen noch unter dem überwältigenden Eindruck, daß ein Mann, als unbekannter Soldat aus dem Kriege heimkehrend, in jahrelangem Ringen, von allen Mächten eines im materialistischen System gebundenen Staates bekämpft, das ganze deutsche Volk mit einem, mit seinem Geiste erfüllt hat. Dieser Geist hat auch das deutsche Wirtschaftsleben ergriffen. Und ich sehe meine vornehmste Aufgabe und meine Verpflichtung, dem Führer Adolf Hitler gegenüber darin, diesen Geist zu pflegen und zu vertiefen. Soll dieses Streben erfolgreich sein, so sind charaktervolle Männer dazu notwendig, die den großen Sinn der heutigen Zeit innerlich begriffen haben und die der Extrakt sein können für die große Werdung der Gemeinschaft des einigen Volkes, das das neue Deutschland sein soll. Diese Männer müssen aber auch aus der praktischen Schule des Wirtschaftslebens zum Führer herangereift sein. Nur die Verbindung von Herz und Verstand läßt eine glückliche Lösung wirtschaftlicher Aufgaben erwarten.

Diese Gedanken sind es, die mich immer wieder bestimmen, als Führer der deutschen Wirtschaftspolitik die Neuordnung unseres wirtschaftlichen nationalen Lebens vorsichtig und Schritt um Schritt zu entwickeln. Große Aufgaben stehen bevor. Viele wichtige Maßnahmen sind bereits durchgeführt. Die Arbeitslosigkeit ist erfolgreich und in bisher ungeahnter Weise bekämpft worden. Zahlreiche deutsche Volksgenossen sind wieder in Arbeit und Brot gekommen. Unsere Binnenwirtschaft erlebt einen Aufschwung, um den sie jahrelang vergeblich sich bemüht hat. Das Streben, der Gesamtheit zu dienen, hat alle Volksgenossen erfasst. Es hat die materialistisch-marxistische Denkungsart überwunden, es hat den Klassenkampf beseitigt und die Interessentengruppen vernichtet. Das neue Deutschland wird von einem Volke dargestellt, das in allen seinen Schichten dem nationalsozialistischen Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz gerecht werden will. Dieses Wollen ist meines Erachtens ein wertvoller Faktor für die Neugestaltung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens; denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, und wo die Entschlossenheit einer vom Vertrauen der Gesamtheit getragenen Führung da ist, da wird auch der Weg gefunden und begangen werden können, der uns innerlich stark und nach außen erfolgreich macht.

Wenn unsere Enkel einmal von unserer Gegenwart sprechen, dann werden sie den Namen Adolf Hitler nennen. Er wird ihnen die Verkörperung des neuen Zeitalters sein. Daß der Wiederaufstieg unserer Nation erfolgreich zu Ende geführt werden kann und das Zeitalter ein erfolgreiches bleibt, dafür gilt es die Menschen zu formen. 1933 wurde unserem staatlichen Leben die neue, die deutsche Form gegeben. 1934 wird in erster Linie der Umformung der deutschen Menschen gewidmet sein. Aus ihnen werden uns die Führer erwachsen, mit denen die neue Ordnung des wirtschaftlichen Lebens der Nation vollendet werden kann.

15714-0016 BEC

Signatur

Datum

25. Jan. 1934

Kölnische Zeitung

Nr. 44

Fragen des Arbeitsgesetzes

Stellung des Unternehmers — Lohngestaltung — Arbeitsfront und Sozialpolitik

Dr. Schnitt zum Gesetz

Drahtbericht der Kölnischen Zeitung

Berlin, 24. Januar.

„Der Deutsche“ veröffentlicht eine Unterredung, die der Hauptschriftleiter des Blattes mit dem Reichswirtschaftsminister hatte.

Wie der Hauptschriftleiter zu Beginn der Unterredung feststellte, haben sich in der Arbeiter- und Angestelltenchaft hier und da Bedenken geregt, daß einzelne Unternehmer Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit so auszulegen versucht sein könnten, als ob sie jetzt wieder zu dem bekannten Herr-im-Hause-Standpunkt zurückkehren könnten.

Dazu erklärte der Reichswirtschaftsminister:

Ganz sicher werden immer wieder Fehler gemacht werden, besonders in der Übergangszeit. Jeder Gesetzgeber muß beim Aufbau des Gesetzes damit rechnen, daß es für Menschen gemacht ist. Im übrigen ist nach meinen Eindrücken die Führerschaft in unserer Wirtschaft in ihrer großen Mehrheit sich durchaus bewußt, daß ihr mit diesem Gesetz nach der nationalsozialistischen Auffassung über Führertum eine hohe Verantwortung auferlegt ist. Das Gesetz läßt zwar dem Führer des Betriebes weitgehende Freiheit in der Gestaltung des Verhältnisses zu seiner Gefolgschaft. Freiheit verpflichtet aber. Für den Fall, daß die dem Unternehmer eingeräumte Freiheit mißbraucht wird, schaltet der Gesetzgeber eine Reihe von Sicherungen ein, insbesondere die Einrichtung des Treuhänders und des sozialen Ehrengerichts. Ich bin überzeugt, daß die Einrichtung des Treuhänders, die ganz auf die Persönlichkeit eingestellt ist, sich wie schon in der Vergangenheit aufs Beste bewähren wird.

Auf die Frage, ob ein Unternehmen überhaupt in der Lage sei, Löhne herabzusetzen, erinnerte der Reichsminister daran, daß zunächst durch das Gesetz die jetzigen Tarifverträge bis zum 30. April verlängert werden.

Nur der Treuhänder kann in ganz besondern Fällen andre Anordnungen treffen. Vom 1. Mai an treten die Regelungen des neuen Gesetzes in Kraft, und alsdann stehen alle Lohnbewegungen unter der Kontrolle des Treuhänders und damit des Staates. Sie wissen, fuhr der Reichsminister fort, daß die Reichsregierung die Anweisung gegeben hat, daß, solange um die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gekämpft wird, wir keine Änderung des Lohn- und Preisniveaus dulden können. An diesem Leitsatz wird die Reichsregierung auch nach dem 1. Mai festhalten.

Auf die Frage, ob die Entlohnung in der starren Weise wie bisher für alle Zukunft bleiben soll, erwiderte der Reichsminister:

Das ist damit keineswegs gesagt. Im Gegenteil, mir erscheint eine Auflockerung — hoffentlich im Zusammenhang mit einer ansteigenden Konjunktur — durchaus erwünscht.

Der Besucher erkundigte sich dann, ob nicht Gefahr bestehe, daß die Unternehmer einzelner Gruppen, die sich ja doch alle mehr oder weniger kennen, Verabredungen über Maßnahmen in allen Betrieben der betreffenden Branche treffen.

Demgegenüber verwies der Reichsminister auf die in das Gesetz eingebauten Sicherungen, insbesondere den Treuhänder, und fuhr dann fort:

Wir müssen aber dazu kommen, daß wir diese Fragen von beiden Seiten aus vom Standpunkt des anständigen Menschen möglichst ohne Eingriff des Staates regeln. Es muß ein Zug von Kameradschaft und Verständnis zwischen den Männern in der Wirtschaft Platz greifen. Der Unternehmer muß sich auch einmal mit den Arbeitern seines Betriebes an einen Tisch setzen, nicht nur bei schönen Festen, sondern darüber hinaus zu ernster kameradschaftlicher Aussprache. Die nationalsozialistische Gesinnung muß sich durch-

Bitte wenden

sehen. Dann besinnt sich auch jeder auf seine Pflicht und ist bereit, am gemeinsamen Ziel freudig und ohne Hintergedanken mitzuarbeiten.

Zu einer Erkundigung über das künftige Schicksal der Verbände führte der Reichsminister aus:

Wenn wir wirklich in unserm Volk den Kampfsgeist endgültig ausrotten wollen, so scheinen mir Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände für die Zukunft unerträglich. Wir brauchen für die Zukunft Einrichtungen, in denen sich die schaffenden Menschen zusammenfinden, nicht um ihre materiellen Dinge im Streit auszuhandeln, sondern um das Gedankengut unserer nationalsozialistischen Staatsauffassung in gemeinsamer Besprechung zu vertiefen. Gerade da haben die tüchtigen Mitarbeiter aus den Verbänden, die sich im letzten Jahr im nationalsozialistischen Sinne bewährt haben, Gelegenheit, sich für das ganze Volk zu betätigen.

Daß die Deutsche Arbeitsfront sich in sozialpolitischem Sinne betätige, wurde vom Reichswirtschaftsminister auf eine Frage seines Besuchers hin ausdrücklich als durchaus wünschenswert bezeichnet. Gerade dadurch, so erklärte er, werden uns die Menschen herangezogen werden, die das Gesetz der Arbeit voraussetzt.

Über die Mitarbeit der Arbeitsfront an Gesetzen sozialpolitischer Art erklärte der Minister:

Die Ausarbeitung in die Vorlage der Gesetze ist die Aufgabe der zuständigen Ministerien. Aber wie bei dem großen Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom ersten Augenblick an die engste Fühlungnahme zwischen mir und Herrn Dr. Ley bestand, so soll auch in Zukunft in diesem Sinne zusammengearbeitet werden.

Nachdem dann Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt in Wiederholung früherer Äußerungen Preiserhöhungen als höchst unerwünscht bezeichnet und jeden Versuch, die Belastung des Konsumenten zu mindern, als äußerst begrüßenswert gekennzeichnet hatte, gab er zum Schluß der festen Zuversicht Ausdruck, daß alles gutgehen werde, wenn alle, besonders aber die Menschen in der Wirtschaft, inmer so handeln, daß sie jede Sekunde dem Führer mit reinem Gewissen in die Augen sehen können.

Die Wirtschaft im neuen Reich

Eine Schrift des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt

Ausfuhr tut not

Im Verlag von D. W. Callwey ist eine Schrift des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt erschienen, die den Titel trägt „Die Wirtschaft im neuen Reich.“ Schmitt bekennt sich darin zu der deutschen Agrargesetzgebung, die ja, wie wir kürzlich nachwiesen, seine Stellung als Kartellminister und auch als Mitarbeiter in der Handelspolitik geschmälert hat. Wir haben, wie das wohl selbstverständlich ist, mit unsern Feststellungen keinen Pessimismus gegenüber Schmitt und der Position des Reichswirtschaftsministeriums erzeugen wollen. Aber Tatsache ist, daß in Deutschland Kreise vorhanden sind, denen das Verständnis für die besondere Lage unsrer Industrie und ihre überstaatliche Verflechtung abgeht. Und mit diesen Kreisen hat der Reichswirtschaftsminister zu rechnen. Deshalb sind seine diesbezüglichen Darlegungen von besonderem Wert. Wir lassen sie nachstehend folgen:

Aber auch bei pfleglichster Behandlung der Landwirtschaft bleibt in Deutschland mit seiner mehr als 65 Millionen betragenden Bevölkerung immer noch ein gewaltiger Bedarf an landwirtschaftlichen Gütern, bei denen es sich zum Teil um Erzeugnisse eines fremden Klimas, zum Teil um Zuschüsse zu der eignen Produktion handelt; es sind dies namentlich die Textilrohstoffe, Häute und Felle, Holz, bei dem besonders in Zeiten hoher industrieller Beschäftigung ein sehr großer Zuschußbedarf besteht; es sind dies ferner Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, Ölfrüchte, Tabak usw. Bei diesen Stoffen wird man nicht annehmen können, daß ihre Einfuhr bei hoher Entwicklung der Landwirtschaft abnehmen wird. Im Gegenteil muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß gerade, wenn die Landwirtschaft im blühenden Zustand sich befindet und damit auch die allgemeine Wirtschaftslage sich hebt, der Verbrauch an diesen Stoffen wachsen und die Bedeutung Deutschlands als Konsument größer werden wird. Kann Deutschland ohne völlige Vernichtung seines gegenwärtigen Lebensstandards schon auf dem agrarischen Sektor sich

nicht mit den Erzeugnissen des eignen Bodens begnügen, so ist dies in noch stärkerem Grade bei den nichtagrarischen Industrierohstoffen der Fall.

Deutschland ist z. B. im Besitz von Steinkohle und Braunkohle und hat deren Produktion reich entwickelt, es ist überreich an Salz und Kali, aber arm an Phosphaten, es besitzt Zinkerze, aber an Eisenerzen besteht ein großer Zuschußbedarf, Kupfererze sind viel zu wenig vorhanden, es

die Wurzeln der Papierindustrie — wenigstens in Zeiten guter Beschäftigung —

weit in fremde Volkswirtschaften hinein.

Wollte man diese Wurzelsfasern gewaltsam abschneiden, so bedeutete das den Untergang dieser Industrien, Arbeitslosigkeit in höchstem Maße, Zerrüttung des Wirtschaftslebens, auch in der Landwirtschaft, die ja nicht nur für den eignen Bedarf, sondern zugleich für den zahlenmäßig viel größeren Bedarf der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung produziert. Der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung Arbeit und Auskommen zu schaffen ist die angesichts der Millionenzahlen der Arbeitslosen ungeheuer schwierige Aufgabe der Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit. Mit dem dringlichsten Bestreben, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muß aber das Endziel verfolgt werden, eine

Beschäftigung zu erreichen, die dem hohen Stand der deutschen technischen Kultur entspricht.

also eine den Fähigkeiten und der Ausbildung der deutschen schaffenden Bevölkerung angemessene Beschäftigung, welche die Fähigkeiten und die Leistungen des Wissenschaftlers, des Unternehmers, des Konstrukteurs, des Künstlers, des Werkmeisters, des gelernten und des ungelernten Arbeiters zur Geltung kommen läßt. Dies Streben ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern auch ein nationalpolitisches Ziel, denn es entspricht nicht dem Idealbild des neuen Reichs, die Bevölkerung in Primitivität zurückfallen zu lassen, sondern sie zur höchsten Entwicklung aufwärtszuführen.

Deutschland ist ein hochindustrialisiertes Land. Es verfügt nicht nur über die menschlichen Kräfte für die Erfüllung der sich hieraus ergebenden Aufgaben, sondern es hat auch einen hochentwickelten technischen Apparat aufzuweisen, der in der Welt seinesgleichen sucht. Vorausgesetzt, daß die Rohstoffe zur Verfügung stehen, können mit dem vorhandenen Apparat nahezu alle Arten von Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern für den lebensnotwendigen wie

für den weniger wesentlichen, aber dem Stand der Kultur entsprechenden Bedarf hergestellt werden.

Die Erzeugungskraft der Betriebe ist über den eignen Bedarf hinaus in wesentlichem Umfang auf Ausfuhr zugeschnitten,

denn die Exportquote der deutschen industriellen Sachgüterproduktion betrug im letzten Vorkriegsjahr 26,5 v. H., erreichte 1931 den Höhepunkt mit 32,2 v. H. und ist im Jahre 1933 auf etwa 20,7 v. H. zurückgegangen. Von diesem Durchschnitt weichen die Zahlen der einzelnen Industriegruppen erheblich ab: es gibt Industriegruppen, die nur einen kleinen Überschuß an das Ausland abgeben, der sich mehr oder weniger nach der Möglichkeit

Die Wirtschaft im neuen Reich

Eine Schrift des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt

Ausfuhr tut not

Im Verlag von D. W. Callwey ist eine Schrift des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt erschienen, die den Titel trägt „Die Wirtschaft im neuen Reich.“ Schmitt bekennt sich darin zu der deutschen Agrargesetzgebung, die ja, wie wir kürzlich nachwiesen, seine Stellung als Kartellminister und auch als Mitarbeiter in der Handelspolitik geschmälert hat. Wir haben, wie das wohl selbstverständlich ist, mit unsern Feststellungen keinen Pessimismus gegenüber Schmitt und der Position des Reichswirtschaftsministeriums erzeugen wollen. Aber Tatsache ist, daß in Deutschland Kreise vorhanden sind, denen das Verständnis für die besondere Lage unsrer Industrie und ihre überstaatliche Verflechtung abgeht. Und mit diesen Kreisen hat der Reichswirtschaftsminister zu rechnen. Deshalb sind seine diesbezüglichen Darlegungen von besonderem Wert. Wir lassen sie nachstehend folgen:

Aber auch bei pfleglichster Behandlung der Landwirtschaft bleibt in Deutschland mit seiner mehr als 65 Millionen betragenden Bevölkerung immer noch ein gewaltiger Bedarf an landwirtschaftlichen Gütern, bei denen es sich zum Teil um Erzeugnisse eines fremden Klimas, zum Teil um Zuschüsse zu der eignen Produktion handelt; es sind dies namentlich die Textilrohstoffe, Häute und Felle, Holz, bei dem besonders in Zeiten hoher industrieller Beschäftigung ein sehr großer Zuschußbedarf besteht; es sind dies ferner Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, Ölfrüchte, Tabak usw. Bei diesen Stoffen wird man nicht annehmen können, daß ihre Einfuhr bei hoher Entwicklung der Landwirtschaft abnehmen wird. Im Gegenteil muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß gerade, wenn die Landwirtschaft im blühenden Zustand sich befindet und damit auch die allgemeine Wirtschaftslage sich hebt, der Verbrauch an diesen Stoffen wachsen und die Bedeutung Deutschlands als Konsument größer werden wird. Kann Deutschland ohne völlige Vernichtung seines gegenwärtigen Lebensstandards schon auf dem agrarischen Sektor sich

nicht mit den Erzeugnissen des eignen Bodens begnügen, so ist dies in noch stärkerem Grade bei den nichtagrarischen Industrierohstoffen der Fall.

Deutschland ist z. B. im Besitz von Steinkohle und Braunkohle und hat deren Produktion reich entwickelt, es ist überreich an Salz und Kali, aber arm an Phosphaten, es besitzt Zinckerze, aber an Eisenerzen besteht ein großer Zuschußbedarf, Kupfererze sind viel zu wenig vorhanden, es fehlt das Zinn, die Erdölquellen decken heute noch nur einen kleinen Bruchteil des Bedarfs, und die Aluminiumindustrie ist auf ausländischem Baugut aufgebaut. So reichen die Wurzeln der Textilindustrie mit ihren Arbeitercharen, die Wurzeln der eisenhaltenden Industrie und der Eisenindustrie, der Maschinenindustrie und der Elektrotechnik, der Industrie der Nichteisenmetalle, auch

die Wurzeln der Papierindustrie — wenigstens in Zeiten guter Beschäftigung — weit in fremde Volkswirtschaften hinein.

Wollte man diese Wurzelsafern gewaltsam abschneiden, so bedeutete das den Untergang dieser Industrien, Arbeitslosigkeit in höchstem Maße, Zerrüttung des Wirtschaftslebens, auch in der Landwirtschaft, die ja nicht nur für den eignen Bedarf, sondern zugleich für den zahlenmäßig viel größeren Bedarf der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung produziert. Der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung Arbeit und Auskommen zu schaffen ist die angesichts der Millionenzahlen der Arbeitslosen ungeheuer schwierige Aufgabe der Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit. Mit dem dringlichsten Bestreben, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muß aber das Endziel verfolgt werden, eine

Beschäftigung zu erreichen, die dem hohen Stand der deutschen technischen Kultur entspricht.

also eine den Fähigkeiten und der Ausbildung der deutschen schaffenden Bevölkerung angemessene Beschäftigung, welche die Fähigkeiten und die Leistungen des Wissenschaftlers, des Unternehmers, des Konstrukteurs, des Künstlers, des Werkmeisters, des gelernten und des ungelernten Arbeiters zur Geltung kommen läßt. Dies Streben ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern auch ein nationalpolitisches Ziel, denn es entspricht nicht dem Idealbild des neuen Reichs, die Bevölkerung in Primitivität zurückfallen zu lassen, sondern sie zur höchsten Entwicklung aufwärtszuführen.

Deutschland ist ein hochindustrialisiertes Land. Es verfügt nicht nur über die menschlichen Kräfte für die Erfüllung der sich hieraus ergebenden Aufgaben, sondern es hat auch einen hochentwickelten technischen Apparat aufzuweisen, der in der Welt seinesgleichen sucht. Vorausgesetzt, daß die Rohstoffe zur Verfügung stehen, können mit dem vorhandenen Apparat nahezu alle Arten von Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern für den lebensnotwendigen wie

für den weniger wesentlichen, aber dem Stand der Kultur entsprechenden Bedarf hergestellt werden.

Die Erzeugungskraft der Betriebe ist über den eignen Bedarf hinaus in wesentlichem Umfang auf Ausfuhr zugeschnitten,

denn die Exportquote der deutschen industriellen Sachgüterproduktion betrug im letzten Vorkriegsjahr 26,5 v. H., erreichte 1931 den Höhepunkt mit 32,2 v. H. und ist im Jahre 1933 auf etwa 20,7 v. H. zurückgegangen. Von diesem Durchschnitt weichen die Zahlen der einzelnen Industriegruppen erheblich ab: es gibt Industriegruppen, die nur einen kleinen Überschuß an das Ausland abgeben, der sich mehr oder weniger nach der Möglichkeit des Absatzes auf dem Binnenmarkt richtet, es gibt aber andre sehr zahlreiche Gruppen, die ihrer Eigenart nach von vornherein so entwickelt sind, daß sie bis zur Hälfte der Produktion auf die Ausfuhr angewiesen sind, wie z. B. die Spielwaren- und Schmuckwarenindustrie, die optische Industrie, die Elektrotechnik,

Bitte menden

der Maschinenbau usw. Der industrielle Sektor der Wirtschaft ist aus engster mit dem landwirtschaftlichen Sektor als Abnehmer der Industrieprodukte verbunden. Nach Schätzungen verblieben im Jahre 1928 — für die Jetztzeit sind noch keine neuen genauen Schätzungen vorhanden — von der industriellen Produktion von etwa 50 Milliarden Mark etwa 44 Milliarden Mark im Inland, 6 Milliarden wurden im Ausland abgesetzt; von dem Inlandsabsatz gingen 18 Milliarden Mark an die deutsche Industrie selber, zur Hälfte zur Investition, zur Hälfte für Verbrauchszwecke; an die Landwirtschaft wurden schätzungsweise ebensoviel wie an das Ausland, nämlich für sechs Milliarden Mark, abgesetzt. Von der im Tiefpunkt der industriellen Beschäftigung 1932 auf 60 v. H. des Jahres 1928 gefallen und jetzt wieder auf etwa 68 v. H. gestiegenen industriellen Produktion dürfte nunmehr der landwirtschaftliche Sektor im Gleichschritt mit seiner Gesundung einen erheblich größeren Anteil aufnehmen als früher. Es gewinnt somit die wirtschaftliche Festigung der deutschen Landwirtschaft für die Absatzmöglichkeiten der Industrie unmittelbarste, wachsende Bedeutung. Trotzdem darf man sich

keinen Täuschungen darüber hingeben, daß die Landwirtschaft einen vollen Ersatz für den Außenmarkt bieten könne:

damit die Industrie blühen kann und die zahlreichen brachliegenden Arbeitskräfte voll beschäftigt werden sollen, bleibt für uns immer eine starke Ausfuhr lebensnotwendig.

In ähnlicher Richtung wirkt die Rohstofflage in Verbindung mit der Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland. Konnte das Vorkriegsdeutschland eine passive Handelsbilanz vertragen, weil es den Passivsaldo der Handelsbilanz aus den Erträgen der Kapitalinvestitionen in den weniger industrialisierten Ländern und aus seinen Dienstleistungen in der Welt (Schiffahrt, Versicherungen usw.) abdecken konnte, so hat Deutschland durch den Krieg alle seine Auslandguthaben verloren und zur Abtragung der Tributlasten sowie zum Wiederaufbau seines durch den Krieg zerrütteten Industrieapparats so gewaltige Schulden gegenüber dem Ausland aufgenommen, wie es in der Geschichte noch nie bei Industrieländern vorgekommen ist. Diese Lage zwingt Deutschland, auf einen Ausgleich zwischen Zahlungs- und Handelsbilanz hinzuarbeiten. Bisher war es unter Anspannung aller Kräfte auf Grund des niedrigen Standes der Rohstoffpreise noch möglich, eine gewisse Aktivität der Handelsbilanz aufrechtzuerhalten. Ein Ansteigen dieser Preise bringt aber unmittelbar die Gefahr mit sich, daß die Aktivität schwindet. Es gibt für den Ausgleich zwischen Zahlungs- und Handelsbilanz zwei Wege, nämlich: entweder die Anpassung der Handelsbilanz an die Zahlungsbilanz durch Einfuhrbeschränkung und Ausfuhrsteigerung, oder aber die Anpassung der Zahlungsbilanz an die Handelsbilanz durch Schuldenherabsetzung. Deutschland hat sich, da die Ausfuhrsteigerung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß, gezwungen gesehen, vorübergehend eine Notmaßnahme in der Richtung der Korrektur der Zahlungsbilanz durch das teilweise Transferratorium zu ergreifen, es hat aber gleichzeitig diese Maßnahme mit der Ausfuhrförderung durch das Stripverfahren verbunden, das in Zukunft die Zahlungsmöglichkeiten erleichtern soll. Durch pflegliche Behandlung der Landwirtschaft hat sich ferner eine Einschränkung der Einfuhr von Nahrungsmitteln, namentlich von Getreide, durchführen lassen, wie auch bei der Einfuhr von Fettstoffen Ersparnisse erzielt worden sind. Sind diese Maßnahmen aus innerwirtschaftlichen, zum Teil auch ohne Rücksicht auf die derzeitige Lage aus grundsätzlichen nationalpolitischen Erwägungen erforderlich, so drängt die Notwendigkeit der Bilanzvereinigung und der derzeitigen Beschäftigungslage noch zu weit darüber hinausgehenden Beschränkungen der Einfuhr, zur Verwendung von Ersatzstoffen, zur Stärkung Aufarbeitung von Altmaterialien und zur

war als im Jahre 1928, dem Jahre der industriellen Hochkonjunktur; Deutschland hatte im Durchschnitt der Jahre 1929 bis 1931 etwa 13 v. H. der Rohstoffeinfuhr der Welt aufgenommen.

Gewiß können Zeiten der Absperrung und Not — wie die allbekannten Folgen der napoleonischen Kontinentalsperre deutlich gezeigt haben — manche nationalwirtschaftliche Sonderentwicklung mit sich bringen. Auch haben sie das Gute, daß sie die Länder zur Selbstbesinnung und zur Sammlung ihrer Kräfte zwingen. Aber wenn die Absperrung zur Dauererscheinung wird, so muß sie auch nationalwirtschaftlich unerwünschte Bedarfseinschränkungen mit sich führen und zu künstlichen Gebilden Anlaß bieten, die politisch und wirtschaftlich als Krankheitsercheinungen zu betrachten sind, und die es als hoffnungslos erscheinen lassen, jemals der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung angemessene Beschäftigung zu gewährleisten.

Es bleibt daher neben und auf Grund der pfleglichsten Behandlung des Binnenmarktes und der Entwicklung einer starken Nationalwirtschaft die

Pflege der Ausfuhr immer notwendig.

Die Londoner Konferenz hat gelehrt, daß die Länder mit entwerteter Währung noch nicht willens oder in der Lage sind, ihre Währungen zu stabilisieren, und daß sie auf die Vorteile, die ihnen diese Entwertung für den Export gibt, nicht verzichten wollen. Wir haben also damit zu rechnen, daß zunächst noch die Zerrüttung der Preise durch das Valuta-Dumping dieser Länder andauert und für uns schwerste Schädigungen im Gefolge hat. Dazu kommt als für die Ausfuhr bedrohliche Tatsache das Anwachsen des Protektionismus in allen Ländern der Welt. Diese Tatsachen erschweren, um es zu wiederholen, die Aufgabe für Deutschland außerordentlich und zwingen es zu äußerster Vorsicht in seiner Handelspolitik. Deutschland wird sich darauf einstellen müssen, seinen Bedarf vorzugsweise aus solchen Ländern zu decken, die ihrerseits bereit sind, deutsche Waren als Gegenleistung und zur Abdeckung der Schulden aufzunehmen. Das Ziel muß also sein: nicht etwa Autarkie, sondern im Gegenteil Vertiefung der wirtschaftlichen Verflechtungen aber nur gegenüber solchen Ländern, die bereit sind, Leistungen mit Gegenleistungen zu vergelten.

nationalwirtschaftliche Sonderentwicklung mit sich bringen. Auch haben sie das Gute, daß sie die Länder zur Selbstbesinnung und zur Sammlung ihrer Kräfte zwingen. Aber wenn die Absperung zur Dauererscheinung wird, so muß sie auch nationalwirtschaftlich unerwünschte Bedarfseinschränkungen mit sich führen und zu künstlichen Gebilden Anlaß bieten, die politisch und wirtschaftlich als Krankheitsercheinungen zu betrachten sind, und die es als hoffnungslos erscheinen lassen, jemals der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung angemessene Beschäftigung zu gewährleisten.

Es bleibt daher neben und auf Grund der pfleglichsten Behandlung des Binnenmarktes und der Entwicklung einer starken Nationalwirtschaft die

Pflege der Ausfuhr immer notwendig.

Die Londoner Konferenz hat gelehrt, daß die Länder mit entwerteter Währung noch nicht wilsens oder in der Lage sind, ihre Währungen zu stabilisieren, und daß sie auf die Vorteile, die ihnen diese Entwertung für den Export gibt, nicht verzichten wollen. Wir haben also damit zu rechnen, daß zunächst noch die Zerrüttung der Preise durch das Valuta-Dumping dieser Länder andauert und für uns schwerste Schädigungen im Gefolge hat. Dazu kommt als für die Ausfuhr bedrohliche Tatsache das Anwachsen des Protektionismus in allen Ländern der Welt. Diese Tatsachen erschweren, um es zu wiederholen, die Aufgabe für Deutschland außerordentlich und zwingen es zu äußerster Vorsicht in seiner Handelspolitik. Deutschland wird sich darauf einstellen müssen, seinen Bedarf vorzugsweise aus solchen Ländern zu decken, die ihrerseits bereit sind, deutsche Waren als Gegenleistung und zur Abdeckung der Schulden aufzunehmen. Das Ziel muß also sein: nicht etwa Autarkie, sondern im Gegenteil Vertiefung der wirtschaftlichen Verflechtungen aber nur gegenüber solchen Ländern, die bereit sind, Leistungen mit Gegenleistungen zu vergelten.

keinen Täuschungen darüber hingeben, daß die Landwirtschaft einen vollen Ersatz für den Außenmarkt bieten könne:

damit die Industrie blühen kann und die zahlreichen brachliegenden Arbeitskräfte voll beschäftigt werden sollen, bleibt für uns immer eine starke Ausfuhr lebensnotwendig.

In ähnlicher Richtung wirkt die Rohstofflage in Verbindung mit der Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland. Konnte das Vorkriegsdeutschland eine passive Handelsbilanz vertragen, weil es den Passivsaldo der Handelsbilanz aus den Erträgen der Kapitalinvestitionen in den weniger industrialisierten Ländern und aus seinen Dienstleistungen in der Welt (Schiffahrt, Versicherungen usw.) abdecken konnte, so hat Deutschland durch den Krieg alle seine Auslandguthaben verloren und zur Abtragung der Tributlasten sowie zum Wiederaufbau seines durch den Krieg zerrütteten Industrieapparats so gewaltige Schulden gegenüber dem Ausland aufgenommen, wie es in der Geschichte noch nie bei Industrieländern vorgekommen ist. Diese Lage zwingt Deutschland, auf einen Ausgleich zwischen Zahlungs- und Handelsbilanz hinzuarbeiten. Bisher war es unter Anspannung aller Kräfte auf Grund des niedrigen Standes der Rohstoffpreise noch möglich, eine gewisse Aktivität der Handelsbilanz aufrechtzuerhalten. Ein Ansteigen dieser Preise bringt aber unmittelbar die Gefahr mit sich, daß die Aktivität schwindet. Es gibt für den Ausgleich zwischen Zahlungs- und Handelsbilanz zwei Wege, nämlich: entweder die Anpassung der Handelsbilanz an die Zahlungsbilanz durch Einfuhrbeschränkung und Ausfuhrsteigerung, oder aber die Anpassung der Zahlungsbilanz an die Handelsbilanz durch Schuldenherabsetzung. Deutschland hat sich, da die Ausfuhrsteigerung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß, gezwungen gesehen, vorübergehend eine Notmaßnahme in der Richtung der Korrektur der Zahlungsbilanz durch das teilweise Transferratorium zu ergreifen, es hat aber gleichzeitig diese Maßnahme mit der Ausfuhrförderung durch das Stripverfahren verbunden, das in Zukunft die Zahlungsmöglichkeiten erleichtern soll. Durch pflegliche Behandlung der Landwirtschaft hat sich ferner eine Einschränkung der Einfuhr von Nahrungsmitteln, namentlich von Getreide, durchführen lassen, wie auch bei der Einfuhr von Fettstoffen Ersparnisse erzielt worden sind. Sind diese Maßnahmen aus innerwirtschaftlichen, zum Teil auch ohne Rücksicht auf die derzeitige Lage aus grundsätzlichen nationalpolitischen Erwägungen erforderlich, so drängt die Notwendigkeit der Bilanzvereinigung und der derzeitigen Beschäftigungslage noch zu weit darüber hinausgehenden Beschränkungen der Einfuhr, zur Verwendung von Ersatzstoffen, zur stärkeren Aufarbeitung von Altmaterialien und zur Inangriffnahme von Rohstoffreserven, auf die bisher aus den verschiedensten Gründen noch nicht zurückgegriffen zu werden brauchte. Wie solche aus der Lage erzwungenen Veränderungen auf den Welthandel wirken können, mag daraus ersehen werden, daß die Rohstoffeinfuhr in den ersten acht Monaten 1933 noch um 21 v. H. geringer

15714 - 0018 BEC

Signatur *S.*

13. März 1934

Datum

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 71.0

China und die Hamburger Rede des Reichswirtschaftsministers

dnb. Montag, 12. März.

In chinesischen politischen Kreisen zeigt man großes Interesse an der Hamburger Rede des Reichswirtschaftsministers Schmitt. Man betont, daß die Einstellung der Reichsregierung zur mandchurischen Frage unbedingt eine Befriedung in China zu Gunsten der Deutschen habe. Die Haltung Deutschlands im Fernen Osten sei neutral und loyal. Sie zeige, daß Deutschland zurzeit im Fernen Osten eine Politik verfolge, die nicht nur zum wahren Frieden führe, sondern auch zur Belebung der Wirtschaftsbeziehungen im Interesse der gesamten Wirtschaft.



Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt.

WIRTSCHAFT

Nicht Autarkie, sondern Vertiefung der Außenhandelsverflechtung.

Auf der Grundlage von Leistung und Gegenleistung.

Die Außenhandelsförderung hat im Zuge des Programms der Arbeitsbeschaffung und der Notwendigkeit der Schuldenrückzahlung in der Diskussion der letzten Monate mehr und mehr wieder den Platz eingenommen, der ihr entsprechend der Struktur Deutschlands als Verarbeitungsland zukommt. Dafür ist ein neuer Beleg eine kleine Schrift des Reichswirtschaftsministers Schmitt. Sie erscheint in einer Reihe von Veröffentlichungen, die unter dem Kennwort „Das neue Reich“ von der „Deutschen Akademie“ herausgegeben werden, die sich der wissenschaftlichen Erforschung und der Pflege des Deutschtums widmet und in knappen, gemeinverständlichen Einzeldarstellungen aus der Feder führender Männer das Gerüst des deutschen Neubaus aufzeigt. („Die Wirtschaft im neuen Reich“, Verlag Georg D. W. Callweh, München, 1934).

Ausgehend von einer Betrachtung über die Möglichkeiten deutscher Eigenversorgung kommt der Reichswirtschaftsminister u. a. zu folgenden Ergebnissen: Zunächst gelte es, das eigene Haus wieder in Ordnung zu bringen. Die neue Bauernpolitik solle den Bauern vor den Stürmen auf dem Weltmarkt sichern. Die eigene Scholle müsse in stärkerem Umfange als bisher zur Grundlage für die Ernährung des gesamten Volkes werden, soweit der eigene Boden nach Beschaffenheit, Umfang und Klima hierzu ausreicht. Dies sei in weitem Umfang der Fall; so werde der Zuzugbedarf an Nahrungsmitteln aus dem Ausland stark zurückgehen und die Hereinnahme von Nahrungsmitteln aus dem Ausland werde zu einer handelspolitischen Vergünstigung, die nicht ohne Gegenleistung gewährt werden kann. Aber auch bei pfleglichster Behandlung der Landwirtschaft bleibe in Deutschland mit seiner mehr als 65 Millionen betragenden Bevölkerung immer noch ein gewaltiger Zuzugbedarf an landwirtschaftlichen Gütern (vor allem Textilrohstoffe, Häute und Felle, Holz, Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, Delfrüchte, Tabak usw.). Die Einfuhr dieser Stoffe werde mit steigender Entwicklung der deutschen Landwirtschaft eher zu- als abnehmen. Der Verbrauch an diesen Stoffen werde wachsen, je mehr die deutsche Konsumkraft wächst.

Kann sich Deutschland ohne völlige Vernichtung seines gegenwärtigen Lebensstandards nicht mit den agrarischen Erzeugnissen seines eigenen Bodens begnügen, so ist dies in noch stärkerem Grade bei den nichtagrarischen Industrierohstoffen der Fall. Die Wurzeln seiner Veredelungsindustrie reichen weit in fremde Volkswirtschaften hinein. Würde man diese Wurzelsätern gewaltsam abschneiden, so bedeutete das den Untergang dieser Industrien, Arbeitslosigkeit in höchstem Maße, Zerrüttung des Wirtschaftslebens, auch in der Landwirtschaft. Es ist die schwierige

Aufgabe der Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit, die Arbeitslosigkeit des Industriebvolkes zu bekämpfen und zwar mit dem Endziel, ihm eine seinen Fähigkeiten und seiner Ausbildung angemessene Beschäftigung zu geben, die es verhindert, daß es in Primitivität zurücksinkt.

Trotz dem erheblich größeren Anteil an industriellen Erzeugnissen, den die Landwirtschaft heute gegen früher aufnimmt, ist es nicht erlaubt, sich einer Täuschung darüber hinzugeben, daß die Landwirtschaft einen vollen Ersatz für den Außenmarkt nicht bieten kann. Eine starke Ausfuhr bleibt für uns immer lebensnotwendig. Die Verschuldung aus Ausland zwingt zudem Deutschland, eine gewisse Aktivität der Handelsbilanz aufrechtzuerhalten. Hierfür gibt es zwei Wege: entweder Einfuhrbeschränkung und Ausfuhrsteigerung, oder aber Schuldenherabsetzung. Deutschland hat sich bisher gezwungen gesehen, vorübergehend zu einem teilweisen Transformatorium zu schreiten, verbunden mit einer Politik der Ausfuhrförderung durch das Scribverfahren. Ferner hat sich eine Einschränkung der Einfuhr von Nahrungsmitteln (Getreide und Fettstoffe) erzielen lassen. Jedoch drängt die Notwendigkeit der Vereinigung der Zahlungsbilanz und der derzeitigen Beschäftigungslage noch zu

weit darüber hinausgehenden Beschränkungen der Einfuhr, zur Verwendung von Ersatzstoffen, zur stärkeren Ausarbeitung von Altmaterialien und zur Inangriffnahme von Rohstoffreserven, auf die bisher aus den verschiedensten Gründen noch nicht zurückgegriffen zu werden brauchte. Zeiten der Absperrung und Not können manche nationalwirtschaftliche Sonderentwicklung mit sich bringen; der Reichswirtschaftsminister zieht als Beispiel die englische Kontinental Sperre heran. Wenn sie zur Dauererscheinung werden, so sind sie als Krankheitserscheinung zu betrachten. Es bleibt daher neben und auf Grund der pfleglichen Behandlung des Binnenmarktes und der Entwicklung einer starken Nationalwirtschaft die Pflege der Ausfuhr immer notwendig.

Reichswirtschaftsminister Schmitt faßt seinen mit aufschlußreichem Zahlenmaterial unterbauten Aufsatz, der im übrigen seine bekannte Auffassung zum Thema Staat, Wirtschaft und Unternehmer noch einmal hervorhebt, wie folgt zusammen: „Deutschland wird sich darauf einstellen müssen, seinen Bedarf vorzugsweise aus solchen Ländern zu decken, die ihrerseits bereit sind, deutsche Waren als Gegenleistung und zur Abdeckung der Schulden aufzunehmen. Das Ziel muß also sein: nicht etwa Autarkie, sondern im Gegenteil Vertiefung der wirtschaftlichen Verflechtungen, aber nur gegenüber solchen Ländern, die bereit sind, Leistungen mit Gegenleistungen zu vergelten.“

Signatur *P. Schmitt Dr.*

15714 - 0020 BEC

Datum 30. Juni 1934

The Manchester Guardian

No 27395

GERMAN MINISTER'S BREAKDOWN

(From our own Correspondent.)

BERLIN, JUNE 29.

The Minister of Economic Affairs, Dr. Schmitt, has had a breakdown owing to overwork, and has gone away for a fortnight's rest. The Minister collapsed yesterday after addressing the Chamber of Foreign Trade, which has been discussing the problem of improving Germany's export trade.

Dr. Schmitt, who is of "Big Business" origins and is one of the expert members of the Government, has had the arduous task of endeavouring to translate Nazi economic ideas into business realities, or at least of trying to harmonise the former with the latter. The whole of the Ministry, which has the general supervision of the rationing schemes for allotting raw materials to industries, has, like the Minister himself, been extremely hard-worked, and has had to do a good deal of improvisation latterly.

15714-0021 BEC

Datum..... 30. Juni 1934

Völkischer Beobachter. (Berlin)

Nr. 181..

**Erholungsurlaub des Reichswirtschafts-
ministers Dr. Schmitt**

Berlin, 29. Juni.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Der Reichswirtschaftsminister und Preussische Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Schmitt, hat sich durch die Arbeit der letzten Wochen so stark überanstrengt, daß er am Schlusse seines Appells zur Förderung der deutschen Ausfuhr auf der Tagung der Auslands-Handelskammern im großen Sitzungssaal des Preußenhauses einen Ohnmachtsanfall erlitt. Die sofort hinzugezogenen Ärzte haben einen unverzüglichen Erholungsurlaub für erforderlich gehalten. Der Reichsminister wird darum in den nächsten vierzehn Tagen seinen Amtsgeschäften fernbleiben.

15714-0022 BEC

Signatur

1. Juli 1934

Datum

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. 150

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt ein Jahr im Amt

Am 30. Juni 1933 betraute der Führer den Generaldirektor des Allianz-Konzerns, Dr. Kurt Schmitt, mit dem Amte des Reichswirtschaftsministers. Dr. Schmitt war in dem Kreise der Wirtschaftsberater um Adolf Hitler keine neue Erscheinung. Er hatte den Kanzler seit langem beraten dürfen. Es war wohl nicht allein der Sachverstand und die einfache, schlichte Art, wirtschaftliche Dinge zu sehen, die Adolf Hitler zur Wahl seines neuen Wirtschaftsministers bestimmten, ebenso sehr wird es die vornehme, bescheidene Art des Menschen Dr. Schmitt gewesen sein, die auf Adolf Hitler Eindruck machte. Wenn man sich am Jahrestage des Dienstantrittes von Dr. Schmitt Rechenschaft darüber zu geben sucht, welche Eigenschaften den Mann auszeichnen, der unter allen Aemtern, die der Nationalsozialismus zu vergeben hatte, eines der schwierigsten und wichtigsten zugleich erhielt, dann stehen diese im Vordergrund.

Für die Aufgaben, die im Zeitpunkt seines Dienstantritts zu lösen waren, brachte Dr. Schmitt vor allem eine günstige Voraussetzung mit: Als Wirtschaftsführer, der selbst von der Picke auf gedient und sich emporgearbeitet hatte, besaß er in den Kreisen der Wirtschaft das denkbar größte Vertrauen. Wenn man sich erinnert, welche Behauptungen über die wirtschaftspolitischen Absichten des Nationalsozialismus in Deutschland damals umgingen, dann bedeutete die Uebernahme des Reichswirtschaftsministeriums durch einen bewährten und erfahrenen Praktiker eine nicht hoch genug einzuschätzende Gewähr für die Zerstörung falscher Auffassungen. Hinzu kam daß Dr. Schmitt eben in seiner Eigenschaft als self-made-man ganz besonderen Nachdruck darauf legte, die private Initiative der wirtschaftenden Menschen nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und neu anzuregen. Im Wirtschaftsleben steht für ihn obenan die Leistung. Nur der kann auf Anerkennung rechnen, der Erfolg hat. Persönliche Initiative und Verantwortungsfreudigkeit gelten ihm als unerläßliche Tugenden eines Unternehmers in der nationalsozialistischen Wirtschaft. Der Ehrgeiz, es zu etwas zu bringen, gilt ihm als Motor allen gesunden Vorwärtstrebens und Wirtschaftens. Minister Schmitt wußte von Anfang an, daß für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise alles darauf ankäme, daß neben der staatlichen Arbeitsbeschaffung die private Unternehmungslust wieder einkehrt. Wenn das bis heute zu einem großen Teil gelungen ist, dann ist das nicht zuletzt der Erfolg des Eintretens Dr. Schmitts in der entscheidenden Zeit.

Diese Grundsteinlegung zur Wirtschaft ist auch für die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt von entscheidender Bedeutung gewesen. Die Rückgewinnung des Vertrauens der Sparer ist in erster Linie das Werk des Wirtschaftsministers. Als er sein Amt antrat, verharren die Kurse der Pfandbriefe und anderen Sparanlagen auf ihrem Tiefstand. Die große Rede, die er in den Messehallen in Köln hielt, brach zum erstenmal das Eis des Mißtrauens. Die Regierung, so erklärte Dr. Schmitt, denke nicht daran, Zwangseingriffe in die Zinsbildung vorzunehmen. Auf dem Untergrund wiedererwachenden Vertrauens konnten dann die praktischen Maßnahmen, wie das Gemeindeumschuldungsgesetz und die Offenmarktpolitik der Reichsbank, ihre Wirkung tun und den Kapitalmarkt in überraschend kurzer Zeit auflockern.

Zu den entscheidenden Leistungen Dr. Schmitts gehört das Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft. Es will den Grund legen zu einer Wirtschaftsform, in der der Freiheit des liberalen Systems ihre schädlichen Spitzen genommen sind und dem einzelnen doch Freiheit genug bleibt, um schöpferische Leistungen im Dienste der Allgemeinheit vollbringen zu können. Zweifellos ist diese Synthese eine der schwierigsten Aufgaben, die einem verantwortlichen Manne heute gestellt werden können. Dr. Schmitt weiß, daß die Lösung dieser Aufgabe Jahre beanspruchen wird, weil sie die Umformung des inneren Menschen zum Ziele hat.

Dr. Schmitt steht jetzt im 48. Lebensjahr. Er wurde am 7. Oktober 1886 in Wachenheim in der Pfalz als Sohn eines Arztes geboren. Er studierte in München und trat am 1. Juni 1913 als Angestellter beim Allianz-Konzern ein. Bei Ausbruch des Krieges rückte er als Reserveoffizier ins Feld und wurde bald so schwer verwundet, daß er am weiteren Feldzug nicht mehr teilnehmen konnte. 1918 wird er ordentliches Vorstandsmitglied der Allianz und 1921, im Alter von 34 Jahren, Generaldirektor der Allianz-Gesellschaft. Unter seiner Führung ist die Allianz zu einem Versicherungs-Konzern von Weltgeltung geworden.

Der Schwächeanfall, den der Minister am Freitag nach seiner Rede vor den Vertretern der Auslandskammern infolge starker Ueberarbeitung erlitt, wird hoffentlich nur unbedeutende Rückwirkungen auf die trotz der Kriegsverwundung robuste Konstitution des im besten Mannesalter stehenden Ministers haben. Wir wünschen ihm jedenfalls am Tage seines Amtsantrittes von Herzen volle Wiederherstellung und Genesung.

15714 - 0023 BEC

Signatur

Datum

4. Juli 1934

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 185

Der Führer am Krankenlager von Minister Schmitt

Berlin, 3. Juli.

Der Führer stattete Montagnachmittag dem erkrankten Reichsminister Dr. Schmitt in dessen Wohnung in Dahlem einen Besuch ab, der eine Stunde dauerte. Der Reichsminister hat infolge eines Ohnmachtsanfalles am 28. Juni 1934 bis jetzt das Bett hüten müssen, doch ist er jetzt wieder soweit hergestellt, daß er morgen einen längeren Erholungsurlaub wird antreten können.

The Commercial and Financial Chronicle (New York)

Nr. 3604

**Dr. Kurt Schmitt, German Minister of Economics,
Made Virtual Dictator of Reich Business—Granted
Power to Take Any Steps to Improve Trade.**

Details of a law widening the powers of Dr. Kurt Schmitt, the Reich Minister of Economics, were published on July 5, according to a message on that date from Berlin to the New York "Times" which further observed:

They indicate that he has been made virtually an absolute dictator over the whole German commercial and financial system until the end of September.

[Dr. Schmitt is noted as an exponent of conservative economic practices and has opposed interference in Jewish-owned business enterprises.]

"The Reich Minister of Economics is empowered to take all measures within his domain that seem necessary to improve German business or to prevent damage to the Nation's economic structure," the law states. "If such measures affect the domain of another Reich Minister they shall be taken in co-operation with the Minister in question."

"The measures taken may be contrary to existing laws."

"The Minister of Economics may punish failure to obey his rulings with imprisonment or a fine. There is no limitation on the size of the fine."

Ready to Battle for Markets.

The Ministry of Economics is now armed with all the necessary powers for what threatens to become a ruthless battle for foreign markets on the one hand and promises to be a tremendous effort on the other to save the Nation from economic collapse by rigid control of raw materials, credits, wages and other commercial necessities.

Negotiations for a reciprocal trade and debt payment agreement with Switzerland are said to be well advanced. A clearing agreement has already been reached and only technical details need to be arranged.

In the view of American circles here the German arrangement with the British for payment of the interest on the Dawes and Young loans should apply automatically to the United States under the most-favored-nation clause in the German-American trade treaty.

No official answer is given to this argument, but German authorities point out that Britain in her note of protest proposed negotiations and the United States did not.

15714-0025 BEC

Signatur

Schmitt, Kurt
P

23. Juli 1934

Datum

Le Temps (Paris)

Nr. 26623

La maladie de M. Kurt Schmitt

Il est bruit que M. Kurt Schmitt, en congé de surmenage, ne reprendra pas le portefeuille de l'économie et reviendra à la direction de la compagnie d'assurances qu'il avait quittée pour remplir sa mission officielle.

Parmi les successeurs possibles de M. Schmitt, on cite M. Posse, le sous-secrétaire d'Etat actuel et M. Wilhelm Keppler.

M. Wilhelm Keppler, ingénieur de profession, est depuis longtemps conseiller et homme de confiance de M. Hitler pour les questions économiques. On croit que les chances de M. Keppler l'emportent sur celles de M. Posse.

Ces désignations auraient pour conséquence une modification sérieuse de la politique économique allemande.

M. Schmitt, partisan de l'économie libérale et des contacts nécessaires entre l'économie allemande et l'économie mondiale, s'est toujours efforcé, jusqu'ici, de n'apporter au libre développement de l'économie que les restrictions strictement imposées par les circonstances.

Personne n'ignore qu'un accord absolu, en matière économique, ne régnait pas entre M. Schmitt et le docteur Schacht, président de la Reichsbank.

M. Keppler serait en faveur de la centralisation complète de l'approvisionnement de l'industrie allemande en matières premières.

15714 - 0026 BEC

Signatur

Schmitt, H. d.
SP

Datum 3. Aug. 1934

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. 178.

Reichsbankpräsident führt vertretungsweise das Reichswirtschaftsministerium

Berlin, 2. August. (Drahtb.) Die ernstliche Erkrankung, die kürzlich den Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt befallen hat, macht einen längeren Urlaub für ihn notwendig. Da die Hoffnung besteht, daß Dr. Schmitt seine Kraft nach Ablauf seines Urlaubs seinem Amte wieder zur Verfügung stellen kann, es aber angesichts der drängenden wirtschaftlichen Probleme nicht möglich ist, die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums auf längere Zeit unbesetzt zu lassen, hatte der Reichskanzler dem Herrn Reichspräsidenten bereits in der vorigen Woche vorgeschlagen, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zunächst für sechs Monate mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums zu betrauen. Der Herr Reichspräsident hat die sich hierauf beziehenden Urkunden am 30. Juli 1934 vollzogen.

Die Betrauung des Reichsbankpräsidenten mit der Führung des Reichswirtschaftsministeriums ist um so zweckmäßiger, als nunmehr die vordringlichsten wirtschaftlichen Probleme der Devisen- und Rohstoffversorgung, die schon seither das Arbeitsgebiet der Reichsbank berühren, in wirtschaftspolitischer Hinsicht zusammengefaßt sind. Da Dr. Schacht schon bisher an den Sitzungen des Reichskabinetts teilnimmt, ergibt sich aus seiner Betrauung mit der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums, daß die grundsätzliche wirtschaftspolitische Linie der Reichsregierung keine Aenderung erfährt.

Da der Reichswirtschaftsminister gleichzeitig die Geschäfte des preußischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit führt, hat der Reichskanzler auf Vorschlag des preußischen Ministerpräsidenten den Reichsbankpräsidenten in gleicher Weise auch mit der Führung dieser Geschäfte beauftragt.

x

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

392.

Nr.

Dr. Schacht
im
Wirtschaftsministerium.

Man hatte bisher hoffen können, daß die plötzliche Erkrankung, die den Reichswirtschaftsminister Schmitt vor einigen Wochen zwang, einen längeren Urlaub anzutreten, bald überwunden sein werde. Inzwischen stellt sich jedoch heraus, daß mit einer verhältnismäßig langen Arbeitspause gerechnet werden muß, die eine Zwischenlösung erforderlich macht. In den nächsten Monaten werden wichtige Entscheidungen zu treffen sein, bei denen das Wirtschaftsressort einer aktiven Führung bedarf. Wie aus der amtlichen Mitteilung bereits hervorging, ist Dr. Schacht zunächst für sechs Monate mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt worden. Diese Formulierung läßt die Möglichkeit offen, das Provisorium später zu verlängern oder auch in einen endgültigen Zustand zu überführen, wenn sich die Lage nach einem halben Jahr nicht wesentlich geändert haben sollte, oder die dauernde Vereinigung von Währungs- und Wirtschaftspolitik in einer Hand sich aus anderen Gründen als besonders vorteilhaft erweist. Jedenfalls wird in dem kommenden und in mancher Hinsicht vielleicht entscheidenden Zeitabschnitt die wirtschaftspolitische Führung in neuen Händen liegen.

Dr. Schmitt, der sich durch eine erfolgreiche Laufbahn in der Privatwirtschaft einen Namen gemacht hatte, wurde Anfang Juli vorigen Jahres zur Leitung des Reichswirtschaftsministeriums berufen. Die Aufgaben, die dem Leiter der deutschen Wirtschaftspolitik in der Folgezeit gestellt wurden, waren zahlreich und schwierig. Sie erforderten eine große Arbeitskraft und eine außerordentliche Verantwortungsfreudigkeit. In den der Revolution folgenden Monaten galt es, Wirtschaft und Politik im Sinne der Führung gegeneinander abzugrenzen und der gesamten Privatwirtschaft die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit erforderliche Funktionsfähigkeit und Bewegungsfreiheit zu erhalten. Ungeduldige und widerstrebende Kräfte mußten zurückgedrängt werden, wenn sie Mittel anzuwenden suchten, die zu Einbußen an Volksvermögen und Vertrauen und zur Zerstörung von Arbeitsplätzen geführt haben würden. Das gilt vor allem für das Gebiet der Warenhäuser und Konsumgenossenschaften. Andererseits wurde der ständische Aufbau von gleichgeschalteten Unternehmerkreisen nicht selten mißbraucht, um längst gehegte Kartellierungswünsche zu verwirklichen und die Preise hinaufzutreiben. Nicht minder wichtig war es, zu verhindern, daß die gesetzlich festgelegte und begrenzte Ausschaltung der Nichtarier von politischen und weltanschaulich maßgebenden Stellungen in einer Richtung ausgedehnt würde, die eine Unterbindung jeder Erwerbstätigkeit für diesen Bevölkerungsteil bedeutet hätte. Diese Aufgaben sind immer mit Mut und Gerechtigkeitsgefühl in Angriff genommen und meist gelöst worden. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsorganisation mußte die Abgrenzung gegenüber dem ständischen Marktmechanismus des Reichsnährstandes bewerkstelligt und innerhalb des gewerblichen Bereichs für die Aufrechterhaltung der vom Reichskanzler gewünschten privaten Initiative Sorge getragen werden. Minister Schmitt hat die Verbandsorganisation grundsätzlich von der der Kartelle getrennt. Den Wünschen der durch die Krise übermäßig beeindruckten Unternehmerschaft auf Ausnützung des Zwangskartellgesetzes wurde der Versuch entgegengestellt, diese Bindungen sachlich und zeitlich zu begrenzen. Das gelang freilich nicht immer. Dagegen wurde, um ein Beispiel aus der Mittelstandspolitik zu erwähnen, der Einzelhandelsperre eine Form gegeben, die den berechtigten Wünschen des Gewerbes Rechnung trägt, ohne dem tatkräftigen

Duplikat

Dr. Schacht
im
Wirtschaftsministerium.

Man hatte bisher hoffen können, daß die plötzliche Erkrankung, die den Reichswirtschaftsminister Schmitt vor einigen Wochen zwang, einen längeren Urlaub anzutreten, bald überwunden sein werde. Inzwischen

stellt sich jedoch heraus, daß mit einer verhältnismäßig langen Arbeitspause gerechnet werden muß, die eine Zwischenlösung erforderlich macht. In den nächsten Monaten werden wichtige Entscheidungen zu treffen sein, bei denen das Wirtschaftsressort einer aktiven Führung bedarf. Wie aus der amtlichen Mitteilung bereits hervorging, ist Dr. Schacht zunächst für sechs Monate mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt worden. Diese Formulierung läßt die Möglichkeit offen, das Provisorium später zu verlängern oder auch in einen endgültigen Zustand zu überführen, wenn sich die Lage nach einem halben Jahr nicht wesentlich geändert haben sollte, oder die dauernde Vereinigung von Währungs- und Wirtschaftspolitik in einer Hand sich aus anderen Gründen als besonders vorteilhaft erweist. Jedenfalls wird in dem kommenden und in mancher Hinsicht vielleicht entscheidenden Zeitabschnitt die wirtschaftspolitische Führung in neuen Händen liegen.

Dr. Schmitt, der sich durch eine erfolgreiche Laufbahn in der Privatwirtschaft einen Namen gemacht hatte, wurde Anfang Juli vorigen Jahres zur Leitung des Reichswirtschaftsministeriums berufen. Die Aufgaben, die dem Leiter der deutschen Wirtschaftspolitik in der Folgezeit gestellt wurden, waren zahlreich und schwierig. Sie erforderten eine große Arbeitskraft und eine außerordentliche Verantwortungsfreudigkeit. In den der Revolution folgenden Monaten galt es, Wirtschaft und Politik im Sinne der Führung gegeneinander abzugrenzen und der gesamten Privatwirtschaft die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit erforderliche Funktionsfähigkeit und Bewegungsfreiheit zu erhalten. Ungeduldige und widerstrebende Kräfte mußten zurückgedrängt werden, wenn sie Mittel anzuwenden suchten, die zu Einbußen an Volkvermögen und Vertrauen und zur Zerstörung von Arbeitsplätzen geführt haben würden. Das gilt vor allem für das Gebiet der Warenhäuser und Konsumgenossenschaften. Andererseits wurde der ständige Aufbau von gleichgeschalteten Unternehmerkreisen nicht selten mißbraucht, um längst gehegte Kartellierungswünsche zu verwirklichen und die Preise hinaufzutreiben. Nicht minder wichtig war es, zu verhindern, daß die gesetzlich festgelegte und begrenzte Ausschaltung der Richter von politischen und weltanschaulich maßgebenden Stellungen in einer Richtung ausgedehnt würde, die eine Unterbindung jeder Erwerbstätigkeit für diesen Bevölkerungsteil bedeutet hätte. Diese Aufgaben sind immer mit Mut und Gerechtigkeitsgefühl in Angriff genommen und meist gelöst worden. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsorganisation mußte die Abgrenzung gegenüber dem ständischen Marktmechanismus des Reichsnährstandes bewerkstelligt und innerhalb des gewerblichen Bereichs für die Aufrechterhaltung der vom Reichskanzler gewünschten privaten Initiative Sorge getragen werden. Minister Schmitt hat die Verbandsorganisation grundsätzlich von der der Kartelle getrennt. Den Wünschen der durch die Krise übermäßig beeindruckten Unternehmerschaft auf Ausnützung des Zwangskartellgesetzes wurde der Versuch entgegengestellt, diese Bindungen sachlich und zeitlich zu begrenzen. Das gelang freilich nicht immer. Dagegen wurde, um ein Beispiel aus der Mittelstandspolitik zu erwähnen, der Einzelhandelsperre eine Form gegeben, die den berechtigten Wünschen des Gewerbes Rechnung trägt, ohne dem tatkräftigen Konkurrenten die Aufstiegsmöglichkeiten zu verbauen.

Dieser keineswegs vollständige Überblick läßt erkennen, daß die Berufung Dr. Schachts keine Änderung bedeuten wird. Wir sagten schon, daß wirtschaftspolitische Gegensätze nennenswerter Art zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Reichsbankpräsidenten nicht bestanden haben, was übrigens auch deshalb ohne weiteres einleuchtet, weil die vom Reichswirtschaftsminister Schmitt eingehaltene und von Dr. Schacht

Duplikat

sicherlich mit der an ihm bekannten Konsequenz und Energie fortgeführte Grundlinie die des Reichskanzlers selbst ist, der es im vergangenen Jahre als die Aufgabe der neuen Wirtschaftspolitik bezeichnete, zwischen dem Idealismus des nationalsozialistischen Wollens und den realen Erfordernissen der Wirtschaft eine Synthese zu finden. Dennoch ist die Personalunion, die Reichswirtschaftsministerium und Reichsbank für die nächste Zeit miteinander eingehen werden, keineswegs bedeutungslos. Dabei handelt es sich aber weniger um die wirtschaftspolitischen Fragen in engerem Sinne als um jenen großen Komplex von Aufgaben, der mit der Währungs- und Kreditpolitik zusammenhängt. Auf diesem Gebiet hat der Reichsbankpräsident, der an den Kabinettsitzungen teilnahm, freilich schon bisher den entscheidenden Einfluß ausgeübt.

Die Stellung der Notenbanken im Rahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten allmählich eine einschneidende Wandlung erfahren. Solange man es lediglich als die Aufgabe der Notenbank betrachtete, die Liquiditätsreserve der privaten Banken zu verwalten und die jahreszeitlichen und konjunkturellen Schwankungen des Geldbedarfs auszugleichen, war ihre Tätigkeit ausschließlich finanzieller Natur und wies nur mit der den Staatskredit pflegenden Reichsstelle engere Berührungspunkte auf. Das hat sich geändert, seit man vom Noteninstitut eine tatkräftige Einwirkung auf den Konjunkturverlauf erwartet. Naturgemäß ergibt sich jetzt die Tendenz, die Beziehung zwischen Regierungen und Notenbanken überall enger zu gestalten. In den Vereinigten Staaten hat man ihre wichtigsten Funktionen auf den Staat übertragen. Sogar die Währungsregulierung erfolgt jetzt durch das Schatzamt, das den An- und Verkauf von Gold handhabt und die Bundesreservebanken nur noch als Depotstelle benützt. In Deutschland wird durch die Vereinigung der beiden Aufgabenkreise wenigstens vorübergehend eine noch engere Verbindung hergestellt. Die deutsche Wirtschaftskrise war so schwer, daß die Krisenbekämpfung fast alle Funktionen der staatlichen Wirtschaftspolitik in ihren Kreis mit einbeziehen mußte. Zunächst ist es die Notenbank, die ihren Kredit für die öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung stellt. Hier berühren sich aber ihre Aufgaben bereits mit der allgemeinen Preispolitik, denn eine großzügige Kreditgewährung ist um so bedenklicher, je besser es gelingt, durch geeignete Behandlung der Kartelle und Monopolbetriebe Preissteigerungen zu verhüten. Die Preispolitik ist wieder für die gesamte Handelspolitik entscheidend, die ihrerseits auf das engste mit den durch die Devisenrestriktion aufgeworfenen Fragen verknüpft ist. Die Transferfrage und die Frage der ausreichenden Rohstoffversorgung schließen den Kreis. Alle diese Dinge gehören zusammen. Es ist wesentlich, daß hier bis in die kleinsten Einzelheiten eine übereinstimmende Linie verfolgt wird, was zweifellos bei einheitlicher Führung am ehesten möglich ist. Der Gedanke, diese Aufgaben zusammenzufassen, dürfte auch eine stärkere innere Berechtigung haben, als der seinerzeit von Eugenberg gemachte Versuch, mehrere wirtschafts- und sozialpolitische Ressorts in einer Hand zu vereinigen. Freilich wird man nicht vergessen dürfen, was sich damals deutlich gezeigt hat, daß nämlich die außerordentliche Arbeitslast nicht leicht von einer Person bewältigt werden kann.

Wir bemerkt schon, daß in währungs- und kreditpolitischen Fragen die Entscheidung auch bisher hauptsächlich beim Reichsbankpräsidenten gelegen hat. Von einem Kurswechsel kann aber auch deshalb keine Rede sein, weil das Gesamtkabinetts sich bereits vor mehreren Monaten in allen einschlägigen Fragen, die durch die Stichworte: Arbeitsbeschaffung, Zinskonversion und Währungsabwertung gekennzeichnet sind, auf eine bestimmte Linie festgelegt hat. Immerhin mag die Meinung zutreffend gewesen sein, daß Minister Schmitt, der ressortmäßig für die Prüfung der zahlreichen Exportförderungspläne zuständig war, durch die auf diesem Gebiet eingetretenen Schwierigkeiten sehr stark beeindruckt wurde. Den Reichsbankpräsidenten wird man als Vertreter einer Auffassung betrachten können, die in einer Währungsabwertung oder einer ähnlichen Maßnahme nur eine Verschleierung der deutschen Situation erblickt. Dies dürfte auch gelten für den in Exportkreisen zur Zeit wieder mehr diskutierten Krogmann-Plan. Daß es sich dabei nicht etwa um eine grundsätzliche Exportfeindschaft handelt

um die aus dem geschichtlichen

Archiv

in dem das Jan vom Tag Tag

sehr erleb

wurde stell S c er fra kön gef die der

den Hil geg in es me an in me pro Sch dat Ne 3 an

in: gr gr ve: Be tri ab ein vor G la G Le zu ha m Ne die ter fu f 1 T be sp ja ar G

15714-0027 BEC

Signatur

Frankfurter Zeitung (Frankfurt) 392.

Nr.

freilich schon bisher den entscheidenden Einfluß ausgeübt.

Die Stellung der Notenbanken im Rahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten allmählich eine einschneidende Wandlung erfahren. Solange man es lediglich als die Aufgabe der Notenbank betrachtete, die Liquiditätsreserve der privaten Banken zu verwalten und die jahreszeitlichen und konjunkturellen Schwankungen des Geldbedarfs auszugleichen, war ihre Tätigkeit ausschließlich finanzieller Natur und wies nur mit der den Staatskredit pflegenden Reichsstelle engere Berührungspunkte auf. Das hat sich geändert, seit man vom Noteninstitut eine tatkräftige Einwirkung auf den Konjunkturverlauf erwartet. Naturgemäß ergibt sich jetzt die Tendenz, die Beziehung zwischen Regierungen und Notenbanken überall enger zu gestalten. In den Vereinigten Staaten hat man ihre wichtigsten Funktionen auf den Staat übertragen. Sogar die Währungsregulierung erfolgt jetzt durch das Schatzamt, das den An- und Verkauf von Gold handhabt und die Bundesreservebanken nur noch als Depotstelle benützt. In Deutschland wird durch die Vereinigung der beiden Aufgabenkreise wenigstens vorübergehend eine noch engere Verbindung hergestellt. Die deutsche Wirtschaftskrise war so schwer, daß die Krisenbekämpfung fast alle Funktionen der staatlichen Wirtschaftspolitik in ihren Kreis mit einbeziehen mußte. Zunächst ist es die Notenbank, die ihren Kredit für die öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung stellt. Hier berühren sich aber ihre Aufgaben bereits mit der allgemeinen Preispolitik, denn eine großzügige Kreditgewährung ist um so bedenklicher, je besser es gelingt, durch geeignete Behandlung der Kartelle und Monopolbetriebe Preissteigerungen zu verhüten. Die Preispolitik ist wieder für die gesamte Handelspolitik entscheidend, die ihrerseits auf das engste mit den durch die Devisenrestriktion aufgeworfenen Fragen verknüpft ist. Die Transferfrage und die Frage der ausreichenden Rohstoffversorgung schließen den Kreis. Alle diese Dinge gehören zusammen. Es ist wesentlich, daß hier bis in die kleinsten Einzelheiten eine übereinstimmende Linie verfolgt wird, was zweifellos bei einheitlicher Führung am ehesten möglich ist. Der Gedanke, diese Aufgaben zusammenzufassen, dürfte auch eine stärkere innere Berechtigung haben, als der seinerzeit von Eugen Bergl gemachte Versuch, mehrere wirtschafts- und sozialpolitische Ressorts in einer Hand zu vereinigen. Freilich wird man nicht vergessen dürfen, was sich damals deutlich gezeigt hat, daß nämlich die außerordentliche Arbeitslast nicht leicht von einer Person bewältigt werden kann.

Wir bemerken schon, daß in währungs- und kreditpolitischen Fragen die Entscheidung auch bisher hauptsächlich beim Reichsbankpräsidenten gelegen hat. Von einem Kurswechsel kann aber auch deshalb keine Rede sein, weil das Gesamtkabinett sich bereits vor mehreren Monaten in allen einschlägigen Fragen, die durch die Stichworte: Arbeitsbeschaffung, Zinskonversion und Währungsabwertung gekennzeichnet sind, auf eine bestimmte Linie festgelegt hat. Immerhin mag die Meinung zutreffend gewesen sein, daß Minister Schmitt, der ressortmäßig für die Prüfung der zahlreichen Exportförderungspläne zuständig war, durch die auf diesem Gebiet eingetretenen Schwierigkeiten sehr stark beeindruckt wurde. Den Reichsbankpräsidenten wird man als Vertreter einer Auffassung betrachten können, die in einer Währungsabwertung oder einer ähnlichen Maßnahme nur eine Verschleierung der deutschen Situation erblickt. Dies dürfte auch gelten für den in Exportkreisen zur Zeit wieder mehr diskutierten Krogmann-Plan. Daß es sich dabei nicht etwa um eine grundsätzliche Exportfeindlichkeit handelt, daß vielmehr die Ausfuhr unter Aufrechterhaltung der Importkontrolle mit allen auch bisher angewandten Mitteln weiter gefördert werden soll, braucht kaum gesagt zu werden.

Irreführende Werbung.

Eine Gruppe von Dieselmotorenfabriken hatte eine Schrift „Fremdstrom oder Eigenkraft“ verbreitet, die durch Angriffe auf die öffentliche Elektrizitätsversorgung für die Einrichtung von Eigenkraftanlagen werben sollte. Diese Methode der Werbung wurde vom Landgericht Adln als unlauterer Wettbewerb verurteilt und der Inhalt der Schrift als wahrheitswidrig und irreführend gekennzeichnet. Die weitere Verbreitung der Werbeschrift wurde durch einstweilige Verfügung untersagt.

Ein Reichswehrangehöriger als Hochverräter.

≡ Berlin, 3. Aug. Der erste Senat des Volksgerichtshofs hatte

15714 - 0028 BEC

Signatur

Datum

31. Jan. 1935

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 57

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt zurückgetreten.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

✠ Berlin, 30. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: „Der Führer und Reichskanzler empfing heute den beurlaubten Reichswirtschaftsminister und preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Schmitt.

Dr. Schmitt sprach die Bitte aus, mit Rücksicht auf seine immer noch nicht wiederhergestellte Gesundheit aus seinen Ämtern entlassen zu werden. Zu seinem aufrichtigen Bedauern sah sich der Führer und Reichskanzler veranlaßt, dieser Bitte stattzugeben. Er sprach dem Minister für seine sachkundige, uneigennützig und aufopfernde Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches seinen Dank aus. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt versicherte dem Führer die Bereitwilligkeit, nach seiner völligen Wiederherstellung jederzeit seine Kraft und seine Erfahrungen auch weiterhin in den Dienst des Reiches zu stellen und ihm zugeordnete Aufgaben zu übernehmen.

Der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, wurde vom Führer und Reichskanzler erneut mit der weiteren Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums und auf Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten auch mit der weiteren Führung der Geschäfte des preussischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit beauftragt.“

Die Entscheidung, von der die vorstehende Mitteilung Kenntnis gibt, mußte in diesen Tagen getroffen werden, da der dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht am 30. Juli vorigen Jahres erteilte Auftrag, die Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums zu führen, auf zunächst sechs Monate befristet war. Als Dr. Schmitt Ende Juni durch starke Arbeitsüberanstrengung plötzlich gezwungen war, erst für vierzehn Tage, dann auf längere Zeit einen Erholungsurlaub anzutreten, wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es ihm in absehbarer Zeit möglich sein würde, ins Amt zurückzukehren. Die kommissarische Betrauung Dr. Schachts zeigte jedoch, daß mindestens für längere Zeit diese Erwartung sich nicht erfüllen werde. Gelegentlich in der Auslandspresse an-

gestellte Vermutungen über die Lösung, die nach Ablauf des Dr. Schacht erteilten Auftrags angeblich zu erwarten sei, sind nunmehr dadurch vollends hinfällig geworden, daß Dr. Schmitt mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand um die Entlassung aus seinem Amt nachsuchen mußte. Er hat die sehr verantwortungsvollen Amtsgeschäfte bis zum 29. Juni, dem Tage seiner Erkrankung, also genau ein Jahr lang, ausgeübt; seine Ernennung war am 29. Juni 1933 erfolgt, als Hugenberg seine Demission gegeben hatte. Sein Bemühen galt in erster Linie der Aufgabe, deren Lösung vor allem anderen den Vorrang haben sollte: der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hierfür der Wirtschaft die Bahn zu ebnen und die Unternehmerinitiative vor unzweckmäßigen Hemmungen zu bewahren, hat Dr. Schmitt sich nachdrücklich und unermüdlich angelegen sein lassen. Ein Verdienst, das ihm heute wohl auf allen Seiten hoch angerechnet werden wird, erwarb er sich auch damit, daß er immer wieder auf die Lebenswichtigkeit der deutschen Ausfuhr hingewiesen hat, dies zu einer Zeit, als die Entwicklung des Außenhandels vielfach noch für eine Frage minderen Ranges gehalten wurde. In das Jahr der Amtstätigkeit von Dr. Schmitt fällt ferner noch die Einleitung des organischen Aufbaus der Wirtschaft, und vom Frühjahr 1934 ab mit der Verschärfung der Devisenlage die Notwendigkeit zu einfuhrbeschränkenden Maßnahmen noch außerhalb der eigentlichen Devisenregelung. Dies führte auch zu der Erteilung umfassender Vollmachten an das Reichswirtschaftsministerium, von denen jedoch nicht mehr Dr. Schmitt, sondern bereits Dr. Schacht Gebrauch zu machen hatte. In der Zwischenzeit haben die Aufgaben, für deren Lösung die Personalunion zwischen Reichsbank und Reichswirtschaftsministerium von Nutzen ist, noch erheblich an Bedeutung gewonnen. Nachdem Dr. Schmitt endgültig verzichten mußte, konnte es als der allein gegebene Weg erscheinen, Dr. Schacht weiterhin — jetzt ohne Befristung — mit der Führung des Reichswirtschaftsministeriums zu beauftragen. Der „Neue Plan“, die auf organische Zinsenkung gerichtete Kapitalmarktpolitik, auch die Wiederbelebung der Preisüberwachung — alles dies, um nur das Wichtigste zu nennen, trägt ganz den Stempel der Persönlichkeit Dr. Schachts.

15714-0028 BEC

Signatur

P Dr. Schmitt

31. Jan. 1935

Datum

Basler Nachrichten No 30.

nt



Rücktritt von Dr. Schmitt.

Der bis jetzt beurlaubte Reichswirtschaftsminister und preussische Minister der Wirtschaft Dr. Kurt Schmitt wird aus Gesundheitsrücksichten auf sein Gesuch von Hitler aus seinen Aemtern entlassen

15714 - 0030 BEC

Signatur

Datum 31. Jan. 1935

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 31...

Reichswirtschaftsminister Schmitt zurückgetreten

Empfänge beim Führer

Berlin, 30. Januar.

Der Führer und Reichkanzler empfing heute den beurlaubten Reichswirtschaftsminister und Preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Schmitt.

Dr. Schmitt sprach die Bitte aus, mit Rücksicht auf seine immer noch nicht wieder hergestellte Gesundheit aus seinen Ämtern entlassen zu werden. Zu seinem aufrichtigen Bedauern sah sich der Führer und Reichkanzler veranlaßt, dieser Bitte stattzugeben. Er sprach dem Minister für seine sachkundige, uneigennützig und aufopfernde Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches seinen Dank aus. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt versicherte dem Führer die Bereitwilligkeit, nach seiner völligen Wiederherstellung jederzeit seine Kraft und seine Erfahrungen auch weiterhin in den Dienst des Reiches zu stellen und ihm zuge dachte Aufgaben zu übernehmen.

Der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Dr. Schacht, wurde vom Führer und Reichkanzler erneut mit der weiteren Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers und auf Vorschlag des Preussischen Ministerpräsidenten auch mit der weiteren Führung der Geschäfte des Preussischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit beauftragt.

*

Der Führer und Reichkanzler empfing ferner den bekannten deutschen Verteidiger in internationalen politischen Prozessen, Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich Grimm,

M.d.R., der bekanntlich im Kampfe um die Saar eine hervorragende Rolle gespielt hat. Der Führer sprach Professor Grimm seinen Dank für die hingebende und erfolgreiche Arbeit in dem Saarbefreiungskampf aus. Professor Grimm hatte Gelegenheit, dem Führer ausführ-

lich über seine 15jährige Tätigkeit als Verteidiger des deutschen Rechtsstandpunktes bei internationalen Prozessen und über seine von dem Kampf gegen Versailles ausgehende Arbeit auf dem Gebiete der internationalen Rechtsprechung und Rechtsforschung eingehend zu berichten.

15714-0031

BEC

Signatur

P. Schmitt

Datum

31. Jan. 1935

Le Temps (Paris)

Nr. 26814

**Démission de M. Schmitt
ministre de l'économie du Reich**

Berlin, 30 janvier.

Le docteur Kurt Schmitt, ministre de l'économie du Reich, qui est en congé depuis l'été dernier pour cause de maladie, a remis aujourd'hui, au Führer et chancelier Adolf Hitler, sa démission définitive. La démission est motivée par le fait que la santé de M. Schmitt n'est pas encore rétablie entièrement.

Le docteur Hjalmar Schacht, président de la Reichsbank, qui avait été chargé de gérer à titre commissarial les ministères de l'économie du Reich et de Prusse, a été prié, par le Führer, de garder ces fonctions. Il ne s'agit pas d'une nomination proprement dite avec le titre de ministre.

15714 - 0032

BEC

Signatur

31. Jan. 1935

Datum

Berliner Tageblatt

Nr. 52

Minister Schmitt zurückgetreten

Schacht weiter an der Spitze der Wirtschaftsministerien

Der Führer und Reichskanzler empfing gestern den beurlaubten Reichswirtschaftsminister und preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Schmitt. Dr. Schmitt sprach die Bitte aus mit Rücksicht auf seine immer noch nicht wiederhergestellte Gesundheit aus seinen Aemtern entlassen zu werden. Zu seinem aufrichtigen Bedauern sah sich der Führer und Reichskanzler veranlasst, dieser Bitte stattzugeben. Er sprach dem Minister für seine sachkun-

dige, uneigennützte und aufopfernde Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches seinen Dank aus.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt versicherte dem Führer die Bereitwilligkeit, nach seiner völligen Wiederherstellung jederzeit seine Kraft und seine Erfahrungen auch weiterhin in den Dienst des Reiches zu stellen und ihm zugedachte Aufgaben zu übernehmen.

Der Präsident des Reichsbankdirektoriums Dr. Schacht wurde vom Führer und Reichskanzler erneut mit der weiteren Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers und auf Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten auch mit der weiteren Führung der Geschäfte des preussischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit beauftragt.

Als Dr. Schmitt am 30. Juni 1933 in das Amt des Reichswirtschaftsministers und gleichzeitig des preussischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit berufen wurde, begrüßte ihn das Vertrauen der deutschen Wirtschaft. Sein Name hatte schon dadurch einen besonderen Klang erhalten, dass er im Allianz-Versicherungskonzern binnen acht Jahren vom Werbebeamten zum Generaldirektor emporgestiegen war.

An der Spitze der „Allianz“ und später als Vorsitzender des Präsidiums im Reichsverband der deutschen Privatversicherungsgesellschaften verstand es Dr. Schmitt, mit allen Wirtschaftskreisen, mit denen er in Berührung kam, nicht zuletzt auch mit der deutschen Wirtschaftspresse, ein vertrauensvolles Verhältnis herzustellen. Seine Berufung zum Vizepräsidenten der Berliner Industrie- und Handelskammer und zum Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank hatten dem auch äusserlichen Ausdruck gegeben.

Wenn jetzt Dr. Schmitt bei seinem endgültigen Scheiden vom Ministeramt seine Bereitwilligkeit versichert, jederzeit seine Kraft und seine Erfahrungen weiterhin in den Dienst des Reiches zu stellen, so kann kein Zweifel an der Aufrichtigkeit dieser Worte bestehen, da diese nationale Einstellung seinem Wesen voll entspricht und

für ihn ja auch mitbestimmend bei der Annahme seiner Berufung als Reichswirtschaftsminister war. Nur ein knappes Jahr hat Dr. Schmitt sein Amt verwalten können, da seine Gesundheit den grossen Beanspruchungen der Aufbau- und Kampfzeit nicht gewachsen war. Ende Juni 1934 musste er einen Erholungsurlaub antreten, und als es sich zeigte, dass Dr. Schmitt in absehbarer Zeit seinen Posten nicht wieder übernehmen können, wurde Reichsbankpräsident Dr. Schacht Anfang August 1934 mit der Führung der Geschäfte der vereinigten Wirtschaftsministerien beauftragt. Seitdem hat man wiederholt gehört, dass der Gesundheitszustand des Ministers sich noch nicht entscheidend gebessert habe. Angesichts dieser bedauerlichen Verzögerung seiner Genesung hat Dr. Schmitt nunmehr die Konsequenz des endgültigen Rücktrittes gezogen.

Der Dank, der Dr. Schmitt aus diesem Anlass vom Führer und Reichskanzler ausgesprochen wurde, findet sicherlich Widerhall in der deutschen Wirtschaft und beim deutschen Volke.

15714-0033 BEC

Bulletin Quotidien (Paris)

Nr. 28

La démission du Dr. Schmitt.

Le Dr. Kurt Schmitt mis en congé provisoire, on s'en souvient (cf. B.Q. N° 176 du 6/8/34) au mois d'août dernier, vient, pour raisons de santé, de remettre sa démission définitive entre les mains du Reichsführer.

Cette démission n'a rien d'inattendu. Il y a longtemps que le congé du Docteur Schmitt était tenu pour prolongeable. Son départ définitif ne saurait surprendre. Il marque un nouveau triomphe du Dr. Schacht dont la situation, par moment menacée, est actuellement de jour en jour plus importante.

Avec le Dr. Schmitt disparaît un des derniers soutiens des industries exportatrices, un des derniers tenants du commerce extérieur, pour qui l'essentiel était d'assurer aux produits allemands des débouchés à l'étranger, aux yeux desquels il importait encore de remplir, ne fût-ce que dans une faible mesure, les engagements pris envers les autres pays. A cette conception "attardée" s'oppose la politique autoritaire du Dr. Schacht. Pour celui-ci seuls comptent les intérêts de l'industrie lourde et des grands propriétaires de l'Est. Aux traités de commerce, à la clause de la nation la plus favorisée, le président de la Reichsbank oppose les principes d'un étroit mercantilisme, appuyés par une politique de déflation et de moratoire, tendant à maintenir jusqu'au bout la valeur, purement fictive, du "mark normal".

Après le départ du Dr. Schmitt, précédé par les démissions du comte von der Goltz, Führer de l'économie, de M. von Siemens, président de la Deutsche Reichsbankgesellschaft, de M. Krupp von Bohlen, président de l'organisation centrale de l'industrie allemande, il ne reste plus guère en face du Dr. Schacht que le ministre de l'agriculture, M. Darré, Mais déjà celui-ci voit s'amoinrir ses moyens de propagande. Bientôt sans doute le ministère de l'agriculture lui-même ne sera plus qu'une des directions de l'Economie nationale, tout entière aux ordres d'un chef incontesté, pourvu de pouvoirs dictatoriaux.

Ainsi l'influence du Dr. Schacht grandit singulièrement, depuis l'automne, à l'intérieur du Troisième Reich. Il est actuellement, avec Hitler et la Reichswehr, un des trois maîtres de l'Allemagne. Au moment où l'insuffisance des programmes de grands travaux pour lutter contre le chômage s'avère indiscutable, au moment où l'inflation de crédits paraît avoir atteint un niveau difficile à dépasser, le rôle d'un dictateur économique et financier est de première importance. Sans doute le Dr. Schacht s'en rend-il compte. Sans doute aussi lui arrive-t-il de se souvenir du 30 Juin et des accidents qui, dans l'Allemagne d'aujourd'hui plus qu'ailleurs, risquent d'interrompre brutalement les carrières les mieux orientées.

15714-0034

BEC

Signatur

Datum

2. Feb. 1935

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 88 . . .

Der Führer an Minister Dr. Schmitt und Dr. Schacht

Berlin, 1. Februar.

Der Führer und Reichkanzler hat an den Reichswirtschaftsminister und Preussischen Minister für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Schmitt, folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Mit Rücksicht auf Ihre immer noch nicht wiederhergestellte Gesundheit haben Sie um die Entlassung aus Ihren Ämtern als Reichswirtschaftsminister und Preussischer Minister für Wirtschaft und Arbeit gebeten. Zu meinem aufrichtigen Bedauern sehe ich mich veranlaßt, dieser Bitte stattzugeben. Ich spreche Ihnen für Ihre sachkundige, uneigennützig und aufopfernde Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches meinen besten Dank aus. Wenn die deutsche Wirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit aus ihrem bedrohlichen Verfallszustand herausgeführt und auf den Weg der Gesundung und Kräftigung gebracht werden konnte, so ist dieses auch Ihrer zielbewußten Arbeit zu verdanken.

Sie, geehrter Herr Reichsminister, haben mir Ihre Bereitwilligkeit versichert, nach Ihrer völligen Wiederherstellung jederzeit Ihre Kraft und Ihre Erfahrungen in den Dienst des Reiches zu stellen. Ich würdige diese Bereitwilligkeit durchaus und danke Ihnen hierfür.

Indem ich Ihnen meine besten Wünsche für eine baldige und vollständige Wiederherstellung Ihrer Gesundheit ausspreche, bin ich mit deutschem Gruß

Ihr Ihnen ergebener

gez.: Adolf Hitler“

Das Schreiben des Führers und Reichkanzlers an den Präsidenten des Reichsbankdirektoriums, Dr. Hjalmar Schacht, hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident!

Herr Reichsminister Dr. Schmitt hat mit Rücksicht auf seine noch nicht wiederhergestellte Gesundheit um seine Entlassung aus seinen Ämtern als Reichswirtschaftsminister und Preussischer Minister für Wirtschaft und Arbeit gebeten. Dieser Bitte habe ich stattgegeben. Ich habe Sie, Herr Reichsbankpräsident, mit der Weiterführung der Geschäfte als Reichswirtschaftsminister und Preussischer Minister für Wirtschaft und Arbeit beauftragt. Die von mir hierzu vollzogenen Erlasse sind Ihnen inzwischen zugegangen.

Sie haben die beiden Ministerien sechs Monate lang neben Ihrem Amt als Präsident des Reichsbankdirektoriums in aufopfernder Tätigkeit mit Erfolg geleitet. Ich spreche Ihnen hierfür meinen besonderen Dank aus und wünsche Ihnen ein weiteres gutes Gelingen bei Ihren Bemühungen, die Gesundung der deutschen Wirtschaft zu erreichen.

Mit deutschem Gruß

Ihr Ihnen ergebener

gez.: Adolf Hitler.“

15714-0035 BEC

Signatur *P*

Datum

Schmitt, H. Kard
15. Feb. 1935

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. **39**

Ministerpräsident Göring an Minister a. D. Dr. Schmitt

Berlin, 14. Februar. (Drahtb.) Ministerpräsident Göring hat an den Reichs- und Staatsminister a. D. Dr. Schmitt anlässlich seines Ausscheidens aus der Reichs- und Staatsregierung ein Dankschreiben für seine Arbeit, die er in dem schweren Aufbaujahr 1933/34 geleistet habe, gerichtet. Um den wertvollen Rat Dr. Schmitts für Preußen zu erhalten, hat Ministerpräsident Göring Dr. Schmitt zum Mitglied des Staatsrates in seiner zweiten Gruppe ernannt.

15714-0036 BEC

Signatur

Lehmk, D.
P

Datum 16. Feb. 1935

Völkischer Beobachter (Berlin)

Nr. 47

**Ministerpräsident Göring
an den Minister a. D.
Dr. Schmitt**

Berlin, 15. Februar.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Ministerpräsident an den Reichs- und Staatsminister a. D. Schmitt anlässlich seines Ausscheidens aus der Reichs- und Staatsregierung folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Schmitt!

Nachdem Ihr Gesundheitszustand Sie leider genötigt hat, dem Führer und Reichkanzler die von Ihnen verwalteten Ministerien zur Verfügung zu stellen und Sie damit nunmehr zu meinem lebhaften Bedauern auch aus dem Preussischen Staatsministerium ausscheiden, drängt es mich, Ihnen für die aufopferungsvolle Arbeit, die Sie in dem schweren Aufbaujahre 1933/34 dem Reiche und Preußen geleistet haben, meinen wärmsten Dank auszusprechen. Es waren besonders verantwortungsvolle Aufgaben, die Ihnen gestellt waren: die personelle Neuordnung in der weitverzweigten wirtschaftlichen Verwaltung, die Vorbereitungen zur Neugestaltung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft und die Organisation eines wirkungsvollen Einsatzes Ihrer Verwaltung in der Schlacht gegen Arbeitslosigkeit. Auf die hierbei von Ihnen erzielten Erfolge werden auch Sie selbst gewiß mit Befriedigung zurückblicken. Mir und den übrigen Staatsministern, aus deren Mitte Sie nunmehr scheiden, wird die Zusammenarbeit mit Ihnen stets in bester Erinnerung bleiben.

Ich spreche die Hoffnung aus, daß Sie bald völlige Genesung finden mögen, damit Sie alsdann Ihre reichen Gaben dem Neuaufbau von Reich und Volk erneut zur Verfügung stellen können. Um Ihren wertvollen Rat auch für Preußen zu erhalten, habe ich vorgeesehen, daß Sie dem Preussischen Staatsrat auch in Zukunft angehören. Nachdem Ihre Zugehörigkeit zu dieser Körperschaft mit Ihrer Entbindung von dem Amte eines Preussischen Staatsministers kraft Gesetzes ihr Ende gefunden hat, habe ich Sie zum Mitglied des Staatsrates in seiner zweiten Gruppe ernannt. Die Ernennungs-urkunde lasse ich Ihnen mit meinen besten Wünschen besonders zugehen.

Heil Hitler!

Ihr Hermann Göring.

15714-0037 BEC

Signatur

SP

Datum

Lehmann, Kurt
28. Mai 1935

Berliner Tageblatt

Nr. 250 - - - vom

**Reichsminister a. D. Schmitt
in den Allianz-Aufsichtsräten**

Der frühere Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt ist in die Aufsichtsräte der Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs A.-G. und der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G. gewählt worden. Kurt Schmitt war bekanntlich vor seiner Berufung zum Reichswirtschaftsminister lange Jahre als Generaldirektor im Allianz-Konzern tätig.

Ein Versicherungs-Jubiläum

Eine Rede Görings

:: Berlin, 12. Juni.

Zu ihrem 100jährigen Bestehen veranstaltete das älteste preußische Lebensversicherungsunternehmen, die Berlinische Lebensversicherungsgesellschaft, eine Festigung, die durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Reichs- und Staatsminister a. D., Staatsrat Dr. Schmitt, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde.

Die Festrede hielt der Betriebsführer Generaldirektor Lehmann. Nach einem Überblick über die Entwicklung der Gesellschaft gab er zwei gemeinnützige Stiftungen des Unternehmens bekannt. Die erste Stiftung, die sich auf eine Versicherungssumme von 50 000 Mark bezieht, ist den hinterbliebenen Kindern von verunglückten Fliegern der neuen deutschen Luftwaffe und die zweite der Erziehung der Berliner Jugend gewidmet. Zu diesem Zweck stellt das Unternehmen der Stadt Berlin 25 000 Mark als finanziellen Beitrag für die Ausgestaltung von Spielplätzen zur Verfügung.

Reichsminister Generaloberst Göring dankte für die Stiftung und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, mit Hilfe dieser Spende für die Kinder der Männer sorgen zu können, die schon im Frieden den Opfertod für das Vaterland gestorben sind. Als erste sollten die beiden Söhne des kürzlich verunglückten ersten Generalstabchefs der Luftwaffe, Generalleutnant Wever, in den Genuß dieser Stiftung treten. Sodann überbrachte der Ministerpräsident der Gesellschaft die Grüße der Reichs- und insbesondere der preußischen Staatsregierung. Er fand anerkennende Worte für die Leistungen dieses ältesten preußischen Versicherungsunternehmens, das in einer Zeit entstanden sei, in der Preußen von den schweren Wunden der napoleonischen Kriege zu genesen begann.

Ministerpräsident Göring wies auf die große Bedeutung der Versicherungsgesellschaften hin, deren Wirken der Stärkung des Kapitalmarkts und dem Zusammenfließen der Mittel für die Arbeitsbeschaffung diene. Weiter liege ihr großer Wert darin, daß bei dem einzelnen Volksgenossen der Wille, selbst verantwortlich für die Zukunft zu sorgen, gestärkt und die öffentliche Versorgung in entsprechend geringerem Umfang in Anspruch genommen werde. Die Fürsorge und die Aufsicht, die der nationalsozialistische Staat den Versicherungsgesellschaften angedeihen lasse, verhindere es, daß bei uns Auswüchse, wie sie in anderen Ländern vor-

gekommen sind, eintreten. Der Ministerpräsident sprach die Überzeugung aus, daß die deutschen Versicherungsgesellschaften auch in Zukunft durch ihr gemeinnütziges Wirken das Aufbauwert des Führers und Reichskanzlers fördern werden.

Staatssekretär Posse überbrachte Grüße und Glückwünsche von Dr. Schacht. Als die große Aufgabe der Versicherungsgesellschaften bezeichnete er, den Sparsinn zu wecken und Spartapital zur Sicherung des einzelnen Volksgenossen und zum Nutzen der gesamten Wirtschaft zu sammeln. Die deutschen Versicherungsgesellschaften verwalteten heute wieder eine Versicherungssumme von 18 Milliarden Mark. Der Versicherungsstand des letzten Vorkriegsjahres sei bereits überschritten — ein Beweis dafür, daß der Gedanke des Sparens im deutschen Wesen fest verankert sei. Um die Lebensbedürfnisse des ganzen Volkes und des einzelnen befriedigen zu können, müsse genügend Kapital vorhanden sein, indem der einzelne Teile seines Einkommens denen zur Verfügung stelle, die Investitionen vornehmen wollen. Er trat in feinen weiteren Ausführungen für den Spargedanken ein und wandte sich gegen die hier und dort noch vertretene Auffassung, daß durch das Sparen als Verbrauchseinschränkung ein ungünstiger Einfluß auf die wirtschaftliche Lage und den Arbeitsmarkt ausgeübt werde.

Denn die Ersparnisse kämen immer wieder der Wirtschaft zugute und trügen auf diese Weise zu einer Vermehrung des Verbrauchs bei. Vor allen Dingen aber sei langfristiges Sparen notwendig. Mit Ersparnissen, die nur für eine kurze Zeit zur Verfügung gestellt würden, seien die großen Aufgaben der Gegenwart, deren Lösung eine gesunde Finanzierung aus echten Ersparnissen erfordere, nicht zu erfüllen. Das langfristige Sparen werde gerade von den Versicherungsgesellschaften gepflegt, so daß sie in der Lage seien, die so notwendigen langfristigen Ausleihungen vorzunehmen. Auch der einzelne Volksgenosse könne durch die Einrichtung der Versicherungsgesellschaften auf diese Weise für sich und seine Familie sorgen, gleichzeitig aber an dem großen Aufbauwert des Führers und Reichskanzlers teilnehmen. Staatssekretär Posse schloß mit dem Hinweis, daß der Sparer vom nationalsozialistischen Staat geschützt werde, der auch die Mittel dazu habe.

Oberregierungsrat Hilgard, Leiter der Reichsgruppe Versicherungen, überbrachte die Glückwünsche der Reichsgruppe und der in ihr zusammengefaßten deutschen Versicherungsgesellschaften und betonte den Wert der Unternehmerpersönlichkeit und der Einzelleistung auch im Versicherungsgewerbe.

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Münchener Neueste Nachrichten

Nr. 198



Photo Transocean

Minister a. D. Kurt Schmitt,

der neue Vorsitzende des Aufsichtsrats der AEG.